:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 8.5.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Protest beim NPD-Aufmarsch in Berlin-Charlottenburg am 1. Mai. Bei dieser zentralen Veranstaltung marschierten 1000 NPD-Anhänger auf. Die Neonazi-demonstration in Frankfurt wurde kurzfristig abgesagt, in Halle gelang es verschiedenen antifaschistischen Gruppen einen Aufmarsch der „freien Kameradschaften" zu stoppen und von seiner Route abzudrängen. *Foto: jW 2.5.03*

Kriegsverbrechen unter dem Edelweiß

Pfingsten 2003: Hearing zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und den Entschädigungsforderungen der Opfer

Seit 1952 treffen sich jährlich zu Pfingsten ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht. Das Treffen findet seit vielen Jahren am Hohen Brendten in Mittenwald statt. Dort organisiert der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe", ein Zusammenschluss von Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrsoldaten, jeden Pfingstsonntag eine Gedenkfeier mit Militärgottesdienst für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Gebirgsjäger. Das Mittenwalder Treffen mit bis zu 5000 Teilnehmern ist das größte Treffen deutscher Wehrmachts-Veteranen. Die in Mittenwald zelebrierte Traditionspflege steht im Widerspruch zu den von Historikern nachgewiesenen Kriegsverbrechen. Auf ihren Veranstaltungen und in ihren Publikationen werden die Kriegsverbrechen teilweise offensiv geleugnet und über die Opfer der Gebirgsdivisionen fällt kein Wort.

Als es ab 1968 Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen ehemalige Angehörige der Gebirgstruppen gab, nutzten die Betroffenen die Pfingsttreffen, um ihre Aussagen und ihre Verteidigungsstrategie untereinander abzusprechen. Mit großem Erfolg. Nicht ein einziger Gebirgsjäger wurde von der deutschen Justiz zur Rechenschaft gezogen. Zu unrecht: Historiker konnten den Gebirgstruppen zahllose Massaker nachweisen. Zu nennen sind u. a. Kephallonia (6.000 ermordete Kriegsgefangene), Kommeno (317 Frauen, Männer und Kinder), Lyngiades (80 Menschen), Skines (146 Männer und 2 Frauen), Camerino (98 ZivilistInnen) und viele mehr.

Pfingsten 2003 veranstalten der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN/BdA) am traditionellen Stationierungsort der 1. Gebirgsdivision in Mittenwald ein Hearing zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und zu den Entschädigungsforderungen der Opfer. Dabei steht Griechenland im Mittelpunkt. Die Referenten sprechen zu folgenden Themen:

1. Verbrechen der Gebirgsjäger in Griechenland (zugesagt: Prof. Schminck-Gustavus, Universität Bremen / Amos Pampaloni, Florenz, Mailand, Überlebender von Kephallonia) / angefragt: Bürgermeister von Kommeno)

2. Traditionsverständnis der Bundeswehr (AK Angreifbare Traditionspflege)

3. Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer (zugesagt: Aristomenis Sigelakis, Nationalrat für die Entschädigungsforderungen Griechenlands gegenüber Deutschland, Athen / und Argyris N. Sfountouris, Überlebender von Distomo, Schriftsteller, Zürich/Athen.)

Juristische (Nicht-)Verfolgung der Täter (angefragt: Beate Klarsfeld, Paris / zugesagt: Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena, Thema: „Geiselnahme und -tötung war rechtens!" – Juristische Aufarbeitung der Wehrmachtsverbrechen)

4. Soldat und Kriegsverbrechen: Möglichkeiten individuellen Verhaltens (zugesagt: Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, und Peter Gingold, Auschwitz-Komitee und VVN-BdA).

Die Moderation übernimmt Karola Fings, Historikerin aus Köln.

Das Hearing soll

- die Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen und sie wirksam unterstützen,
- einen Beitrag zur Wiederaufnahme von Ermittlungsverfahren gegen Gebirgsjäger der Wehrmacht wegen Kriegsverbrechen leisten und
- die Öffentlichkeit über das problematische Traditionsverständnis deutscher Soldaten informieren und eine gesellschaftliche Debatte dazu anregen. ■

7. Juni ab 19.30
Hearing in Mittenwald im Veranstaltungssaal des TSV, Obermarkt 54a
Demonstration, 18 Uhr Dekan-Karl-Platz

8. Juni 2003
Mahnwache gegen die Brendtenfeier, Parkplatz Luttensee

Mitfahrgelegenheiten erfragen, weitere Infos, Plakate, Flugblätter etc. über email: aktraditionspflege.de

Aus dem Inhalt:

Beschimpfen erlaubt

KARLSRUHE. Frauenärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, müssen Beschimpfungen ihrer Arbeit als „Mord“ und „neuer Holocaust“ hinnehmen. Verkündet hat dieses Urteil das Oberlandesgericht in Karlsruhe und damit entsprechende Proteste eines radikalen Abtreibungsgegners gebilligt. Dies sei zwar „ein erheblicher Vorwurf und eine spürbare Kränkung“ für den Mediziner. Weil es beim Thema Schwangerschaftsabbruch aber um eine fundamentale Frage gehe, müsse sich der Arzt auch drastisch formulierte Kritik gefallen lassen. *hma* ■

Krake DGB

HAMBURG. Pünktlich zur aktuellen Sozialabbau-Debatte und zum 1. Mai haben die „Deutschen Konservativen“ um den wegen Volksverhetzung verurteilten ehemaligen „BILD“-Redakteur Joachim Siegerist und den Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer zu einer „breiten und langen Kampagne gegen den nicht mehr zu ertragenden Macht-Mißbrauch des DGB und seiner Einzelgewerkschaften“ aufgerufen. „Wie ein Krake“ habe „der DGB Deutschland im Griff“, heißt es in der neuesten Ausgabe der „DZ - Konservativen Deutschen Zeitung“, die sich auch an die ehemaligen Leser des „Deutschland-Magazins“ wendet. Die CDU/CSU-Wähler werden darin u.a. dazu aufgerufen, den DGB zu verlassen und zum konservativen „CGB“ oder zum „Deutschen Beamtenbund“ zu wechseln. Geworben wird auch für eine Broschüre des ehemaligen Hauptgeschäftsführers der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Peter Helmes, über die angebliche „Verflechtung von DGB, SPD und PDS“. Zu Wort kommen in dem Blättchen neben Siegerist und Lummer auch der „Haider-Vertraute“ und Chef der FPÖ-Fraktion in Kärnten, Dr. Andreas Skorianz. *hma* ■

UOKG plant 17. Juni

BERLIN. Der erst vor wenigen Monaten der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.“ (UOKG) beigetretene Verband „Hilferufe von drüben“ um den Lippstädter Claus P. Clausen ist nach einer politischen Auseinandersetzung mit dem „Bürgerkomitee Leipzig“ wieder aus dem UOKG ausgetreten. Präsident der „Hilferufe von drüben“ war der unlängst verstorbene Gerhard Löwenthal, einst Moderator des „ZDF-Magazins“. Ungeachtet der innerverbandlichen Streitigkeiten will der UOKG aus Anlass des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 am 15. Juni in Berlin einen großen Gedenkmarsch vom Strausberger Platz zum Brandenburger Tor durchführen. Dort sei eine Gedenkfeier und ein Kulturprogramm geplant. Der Bundespräsident und Berlins Regierender Bürgermeister hätten ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet, heißt es von der UOKG. Für das Programm seien Wolf Biermann und Manfred Krug geplant. In einer Entschließung zum Jahrestag des 17. Juni fordert der UOKG u.a. eine Gleichsetzung der „Verfolgten des Kommunismus“ mit den „Verfolgten des Nationalsizialismus“ und die Einführung einer Ehrenpension. *hma* ■

Polizei schützt Naziaufmarsch am 1. Mai

BERLIN. In Berlin demonstrierten wenige Wochen nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens mehr als 1000 Anhänger der rechtsextremen Partei. Auf dem Weg durch den Stadtteil Charlottenburg zum Berliner Olympiastadion wurde ihr Aufmarsch allerdings immer wieder von Gegendemonstranten aufgehalten. Zu den Protestaktionen unter dem Motto „Die NPD verbieten wir“ hatten das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ und die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) aufgerufen. Schon vor Beginn des Aufmarsches hatten Antifaschisten mit Blockaden einen Teil des Berliner S-Bahn-Netzes lahmgelegt, um die Anreise der NPD-Anhänger zu verzögern. So konnte sich der rechte Demonstrationszug - Motto: „Soziale und nationale Gerechtigkeit durchsetzen!“ – erst gegen Mittag unter dem Schutz eines massiven Polizeiaufgebotes in Bewegung setzen. Auf der zentralen Gegenkundgebung am Steubenplatz warnte ein Redner der ALB angesichts solcher Parolen vor dem Entstehen einer „neuen SA“. Die Ansprache am Rande der NPD-Route verfolgten einige hundert Gegendemonstranten. Die übrigen Antifaschisten versuchten unterdessen in kleineren Gruppen, den rechten Zug wenigstens zeitweise aufzuhalten. Nach dem Ende des NPD-Aufmarsches säuberten Gewerkschafter und kirchliche Gruppen mit einer symbolischen Kehraktion die Charlottenburger Straßen „vom braunen Dreck“.

junge Welt 2. Mai 2003 ■

1. Mai 2003 – Der Naziaufmarsch fand nicht statt!

FRANKFURT. Zum dritten Mal hintereinander versuchten Neonazis am 1. Mai in Frankfurt aufzumarschieren. Die Behörden der Stadt hatten ihnen dafür im zweiten Jahr in Folge den Stadtteil Frankfurt Fechenheim zugewiesen. Um es vorwegzunehmen: es fand kein Aufmarsch der Nazis statt. Der von der Stadt als Anmelder der Demonstration widerspruchslos akzeptierte Faschist Steffen Hupka erschien nicht zur Demonstration. Von seinen insgesamt 11 angereisten Gesinnungsfreunden wurden zwei umgehend wieder nach Haus geschickt, weil ihr Outfit nicht den Genehmigungsauflagen der Stadt entsprach - ebenso sechs weitere, mehr oder minder alkoholisierte Jugendliche. Drei Demonstranten verzichteten dann lieber auf die Demonstration, zumal diese in Abwesenheit des Versammlungsleiters nicht eröffnet werden konnte.

Im Stadtteil Fechenheim hatten sich bereits seit drei Uhr am Morgen GegendemonstrantInnen versammelt, deren Zahl zum Schluss etwa bei 700 lag. Nach Bekanntwerden des Scheiterns der Nazi-Demonstration führten die GegendemonstrantInnen auf der vom Ordnungsamt der Stadt genehmigten Route der Faschisten nun ab 13 Uhr eine eigene, spontane Demonstration zum S-Bahnhof Mainkur durch, zu der sich anschließenden antifaschistischen Abschlusskundgebung auf dem S-Bahnhof Mainkur - ursprünglich für die Faschisten vorgesehen - waren dann etwa 1000 GegendemonstrantInnen anwesend.

Anti-Nazi Koordination Frankfurt ■

Moschee-Gegner bald bundesweit aktiv?

THANNHAUSEN. In der mittelschwäbischen Kleinstadt Thannhausen hat eine Bürgerinitiative zum Thema „Moschee“ von sich reden gemacht. Ausgangspunkt war die Absicht des Islamischen Kulturvereins, eine Moschee mit Minarett zu bauen. Der Bauantrag wurde inzwischen zurückgezogen, doch die Bürgerinitiative, die von der großen Mehrheit des Stadtrats unterstützt wurde, macht weiter. Sie hat sich als Verein mit dem Namen „Bürgerforum Thannhausen“ neu organisiert. Sie befürwortet einen Gebetsraum für Muslime, lehnt aber den Bau von Moscheen ab und strebt den bundesweiten Zusammenschluss mit anderen Initiativen zu diesem Thema an.

Dazu hat inzwischen im badenwürttembergischen Wertheim ein Treffen stattgefunden, auf dem es auch zur Gründung einer solchen bundesweiten Organisation mit dem Namen „Bundesverband der Bürgerbewegungen für Bewahrung von Demokratie und Heimat“ gekommen ist. Nach Auskunft des Vorsitzenden Wolfgang Schrauth trafen zehn verschiedene Initiativen zusammen, um die Bundesorganisation ins Leben zu rufen. Wertheim ist Sitz der neuen Organisation, der Initiativen aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachen angehören würden. Laut Presseberichten ist für den 7. Mai eine Großveranstaltung im Günzburger Forum geplant, *Forts. Seite 4*

1. Mai in Dresden:

Nazi-Wirrsal unter martialischem Polizeischutz

Während das rechtsextreme regionalsächsische „Netzwerk Rechts Pirna-Sebnitz“ für den 1. Mai zum Aufmarsch der so genannten ‚Freien Kameradschaften‘ nach Halle/Saale aufrief, mobilisierte das „Bündnis Rechts“ aus Lübeck zum braunen Walhalla-Umzug nach Dresden. Letztendlich fanden rund 150 versprengte Nazi-Fußvölkische den Weg in die sächsische Landeshauptstadt, um für „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ zu demonstrieren. Mehrere Hundertschaften Polizei im Aufmarschgebiet, Polizisten auf umliegenden Dächern, Hubschrauber in der Luft und schließlich auch Polizisten zu Pferde, so zeigte sich dann in den Mittagsstunden des 1. Mai die Dresdner Prager Straße.

Im sich versammelnden Pulk der Neonazis befanden sich unter anderem die vornehmlich regional bekannten Rechtsextremisten Alexander Kleber, Sven Hagendorf, Rene Despang, Ellie Dobberstein, Jürgen-Uwe Krumpholz, Klaus Menzel sowie Nils Reifenstein und Dieter Kern. In seiner Auftaktrede bedankte sich Demo-Anmelder Kern aus Lübeck ausdrücklich für die Vorort-Unterstützung bei Hagendorf und Despang. Gegen 12 Uhr setzte sich das vom „Bündnis Rechts Schleswig-Holstein“ dominierte Häuflein Neonazis in Zweierreihen in Bewegung. Bei fast völligem Ausschluss von Öffentlichkeit absolvierten die Rechtsextremisten unter massivem Polizeischutz den ersten Teil ihrer eher abgelegenen Route um das Stadtzentrum mit einer ebenso unbeachteten Zwischenkundgebung. Antifa-Gruppen in der näheren Umgebung des Nazi-Aufzugs wurden von der Polizei aggressiv abgedrängt und mit Platzverweisen belegt.

Im Vorfeld des Straßburger Platzes dann musste der Nazi-Aufzug mehrmals stoppen, weil der weitere Demonstrationsweg über die Güntzstraße von einer Antifa-Blockade versperrt war. Bei der Räumung dieser Blockade durch Sondereinsatzkräfte der Polizei, Hand in Hand mit zivilen Einsatztrupps, kam es wiederholt zu völlig überzogenen und unverhältnismäßigen Aktionen seitens der Polizei gegen Antifaschisten. Besonders unrühmliche und teils brutale Formen nahm ab diesem Zeitpunkt der Aufritt der polizeilichen Pferdestaffel an. So wurden mehrmals Pferde massiv und direkt gegen einzelne Antifas eingesetzt. In Richtung Sachsenplatz spielten sich regelrecht berittene Jagdszenen auf Nazigegner ab.

Im Umfeld der Kreuzung Güntzstraße-Pillnitzer Straße hielten sich zu diesem Zeitpunkt zirka 300 Antifas auf, denen es aber letzendlich leider nicht gelang, eine wirksame Blockade der Nazi-Route zu errichten und aufrecht zu halten. Es kam zu mehreren Festnahmen. Die Polizei trieb auf dem weiteren Weg bereits kleinste Ansätze von antifaschistischem Widerstand in die angrenzenden Nebenstraßen. Am Sachsenplatz, kurz vor der angestrebten Elbquerung durch die Neonazis, wurde ein junger Antifaschist in mittelbarer Nähe seiner russischen Anarcho-Gefährten von einem Polizeipferd brutal zu Boden geritten. Die Albertbrücke war schließlich nur noch für Rechtsextremisten offen. Abgeschirmt und geleitet durch die Polizei erreichte der Demonstrationszug den Ort der Abschlusskundgebung am rechtsseitigen Elbufer.



Dort begann Menzel seine Ansprache mit dem Hinweis auf das vor einer Woche gegründete Nationale Bündnis für Dresden (siehe Meldung Seite 4) und prognostizierte diesbezüglich auch schon einen Erfolg bei den anstehenden Kommunalwahlen. Danach quoll er vor ausländerfeindlichen und rassistischen Ausfällen quasi über und musste daraufhin nach Auflage des Ordnungsamtes seine Rede abbrechen. Dieses wiederum wurde von Kern als „Diskriminierung und Rassenhass“ seitens der staatlichen Behörden gewertet und gar noch als schmähliches „Deutsche gegen Deutsche“ gedeutet, welches natürlich weitere Konsequenzen für die Stadt haben werde. Der über dem Platz kreisende Polizeihubschrauber verwehte allerdings einen Großteil der markigen Worte. Daraufhin forderte Kern die Einsatzleitung ultimativ auf, den Hubschrauber sofort abdrehen zu lassen. Und, kaum zu glauben, der Hubschrauber verschwand fast augenblicklich und wurde nicht mehr gehört.

Nun störten sich die Neonazis nur noch an den ebenfalls am Elbufer eingetroffenen mittlerweile rund 400 Antifas. Der Abschlussredner hielt sich selbst und der BILD als „angesehene Zeitung“ ein begeistertes Loblied, palaverte über seine Auffassungen von deutscher und internationaler Politik und über die Historie im Besonderen. Schließlich gipfelte er im historischen Vergleich, ‚die Schandmauer, der so genannte antifaschistische Schutzwall, sei das Schlimmste, was jemals auf deutschem Boden geschehen wäre‘. Hagendorf lehnte danach das ihm angebotene Wort ab, es sei alles gesagt. Somit wurde der Aufzug 14.45 Uhr mit „Wir kommen wieder!“ offiziell für beendet erklärt.

Da rund 400 Antifas den ursprünglich vorgesehenen Heimweg der Neonazis blockierten, folgten Verwirrung und Stillstand. Schließlich einigte man sich zwischen Rechtsextremisten und Behörden auf den schier unglaublich klingenden Abmarschweg an der Synagoge vorbei. Und so wurden die Neonazis von der Polizei direkt zur Dresdner Synagoge geleitet.

Einigen Antifaschisten gelang es, den Nazi-Abmarsch in der Nähe der Synagoge nachhaltig zu stoppen. Gezwungenermaßen setzte daraufhin die Polizei fast den gesamten abmarschierenden Nazi-Pulk unmittelbar an der Synagogenmauer fest. Ein unsägliches Bild. Ein Bild, wie es wohl nur in Dresden möglich ist: vom 13. Februar über den 1. Mai zum 8. Mai, jährlich, immer wieder...

Mehrere Nazis wurden vor der Synagoge verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Der Abmarsch gestaltete sich dann völlig wirr. Die Polizei trieb nunmehr die Nazis regelrecht, ständig von Antifa-Gruppen verfolgt, zum Hauptbahnhof und verfrachtete die Rechtsextremisten in die Züge. Und bei einem konzentrierteren Agieren durch Antifas, dies als freundlichkritische Anmerkung, wäre durchaus auch noch mehr konstruktives gegen den Neonazi-Umzug möglich gewesen, an diesem 1. Mai 2003 in Dresden.

AntifaRechercheTeam Dresden,
http://venceremos.antifa.net ■

bei der sich die neue Bundesorganisation der Öffentlichkeit präsentieren will. Vorsitzender Schrauth und Nils Goltermann, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, betonen, dass es im Bürgerforum keinen Platz für den rechten Rand des politischen Spektrums gebe. Wer etwa der NPD angehöre, werde nicht aufgenommen. Das Bürgerforum fordert aber eine Begrenzung der Zuwanderung, sagt Nein zum EU-Beitritt der Türkei und tritt für Integration durch einen „verpflichtenden Maßnahmenkatalog" ein. Ausländer in Deutschland müssten auf jeden Fall die deutsche Sprache beherrschen.

Quelle: versch. Ausgaben der Mittelschwäbischen Nachrichten - u.b. ■

„Nationales Bündnis für Dresden" gegründet

DRESDEN. Es mögen ein paar mehr als 25 Teilnehmer gewesen sein, die sich da am Abend des 24. April in der Dresdner Gaststätte „Zur Post" eingefunden hatten, um im mittelbaren Vorfeld der nächsten sächsischen Kommunalwahlen ein so betiteltes „Nationalen Bündnis für Dresden" aus der Taufe zu heben. Die vollmundig angekündigte politische Rechts-Breite dieses Bündnisses war wohl doch eher ein Wunschtraum. Eingeladen zur so genannten Gründungsversammlung hatten Rene Despang (NPD), Frithjof Richter (‚Republikaner'), Hans-J. Lewin (DVU) und Wolfgang Schwarz. Als Gastredner war Peter Dehoust (ehemals „Nation und Europa") angekündigt. Die in der Tagesordnung bereits vorkalkulierte Vertagungsmöglichkeit des Veranstaltungsbeginns um eine halbe Stunde wurde von den träge eintröpfelnden Rechtsextremisten großzügig in Anspruch genommen. Ein Grund hierfür war der deutlich verspätet anreisende Wolfgang Schwarz (Ex-‚Republikaner' Kreisvorsitzender Dresden). Einen anderen Verzögerungsgrund lieferten zirka 35 AntifaschistInnen, die den Zugang zur Gastlichkeit blockierten. So konnten die anreisenden Alt- und Neo-Nazis sowie eine erstaunte Anwohnerschaft unter anderem mehr als deutlich lesen: „gegen das organisierte deutschtum" sowie „kein frieden mit Nazis". Die etwas später anrückende Polizei erteilte, nach dem sie den Eingang zur Lokalität geräumt hatte, vorsorglich gegen alle AntifaschistInnen im weiteren Umfeld Platzverweise.

Die nun offizielle ‚Vereinigung' umfasst lediglich schon bestehende, zusammen agierende Strukturen im Dresdner Nazi-Umfeld. Es ist zu vermuten, dass wohl allein die NPD in und von so einem Bündnis profitieren könnte. Der ‚angebliche' Ruch des Rechtsextremismus - sog. ‚Freie Kameraden' wurden an diesem Abend in Dresden fast überhaupt nicht gesichtet - würde sich mit „Nationales Bündnis für Dresden" doch gar so schön verpacken lassen. *ART Dresden* ■

70. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften

STUTTGART. Der DGB Baden-Württemberg hat in einer Erklärung an die Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Hitlerfaschismus vor siebzig Jahren erinnert:

Zum 70. Mal jährt sich der 1. Mai 1933, und wieder fällt er auf einen Donnerstag wie beim ersten Mal. Damals, im Jahr 1890, standen die Forderungen nach dem Achtstundentag und mehr Arbeitsschutz im Vordergrund. Dabei kam auch dem zweiten Mai eine besondere Bedeutung zu: Begeisterung am 1. Mai 1890 – am 2. Mai Aussperrung, Entlassungen, Schwarze Listen. Die Tradition des 1. Mai ist daher Kampf und Feiertag – sowie die Reaktion darauf.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai 1890, einem Werktag, fassten die Arbeitgeber als Aufruf zur Revolution auf. Die Arbeiterbewegung hatte noch unter dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" zu leiden. Die Idee des 1. Mai setzte sich jedoch trotz Schikane und Unterdrückung durch. Der 1. Mai 1919 (der erste nach dem 1. Weltkrieg) wurde zum gesetzlichen Feiertag erklärt, jedoch nur für dieses eine Jahr. Die Jahre zwischen 1920 und 1933 (also die Zeit der Weimarer Republik) waren wie vor 1914 durch Auseinandersetzungen um die Arbeitsruhe gekennzeichnet. 1928 entschieden Arbeitsgerichte erneut, dass die Arbeitsruhe am 1. Mai ein Grund für die fristlose Entlassung sei.

Am 1. Mai 1932 demonstrierten Hunderttausende in Berlin für den Erhalt einer sozialen Demokratie. Bei der Berichterstattung über diese Massenkundgebung hieß es: „Die Nationalsozialistischen Prahlhälse behaupten, dass dies die letzen freien Maifeiern wären". Es waren die letzten freien Maifeiern vor dem „Tausendjährigen Reich".

Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen, Spannungen, Illusionen und Schuldzuweisungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Am 1. Mai 1929 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen untereinander, als die KPD trotz des Verbots zu Maidemonstrationen aufgerufen hatte. Die Nationalsozialisten machten vier Jahre später den 1. Mai 1933 zum „Tag der Nationalen Arbeit" und erklärten ihn zum gesetzlichen Feiertag.

Wie reagierten die Gewerkschaften auf die faschistische Bedrohung? Ihre Maizeitung zeigt auf der Titelseite einen bewölkten Himmel. Man sah die Gefahr, hatte jedoch Illusionen über das Ausmaß der Bedrohung.

So rief der Allgemeine Gewerkschaftsbund zur Beteiligung an diesem braunen Maispektakel auf und hoffte, seine Forderungen nach Arbeitsbeschaffung, Vierzigstundenwoche, Frieden und Völkerverständigung mit einen Appell an die „Volksverbundenheit" erreichen zu können. „Macht die Arbeit im Betrieb unbeirrt weiter", lautete zum Beispiel die Parole des Holzarbeiter-Verbandes.



Der neue RAG-Rundbrief, hrsg. von der DGB Jugend Berlin, beschäftigt sich ebenfalls ausführlich mit dem Thema, als pdf-Datei im Internet: www. berlin-brandenburg.dgb.de/jugend/rag

Dass es auch andere Positionen unter Gewerkschaftern gab, zeigt ein Beispiel aus der Dachdecker-Zeitung. Dort stand statt des Leitartikels: „Das was ich schreiben will, darf ich nicht und das, was ich schreiben soll, will ich nicht".

Hitler begann seine Mairede auf dem Tempelhofer-Feld mit dem Frühlingsgedicht „Der Mai ist gekommen …". Der traditionelle 1. Mai habe das Volk gespalten, fuhr Hitler fort, der Klassenkampf sei nun vorbei; die Nationalsozialisten hätten das deutsche Volk geeint. Hitler versprach allen alles – vom Lebensborn bis zum Autobahnbau. Nein – der 1. Mai wurde nicht verboten, er wurde umfunktioniert und zwar mit den traditionellen Symbolen der Arbeiterbewegung, ihren Lieder, Fahnen, Kundgebungen.

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften verboten, ihre Häuser besetzt, ihr Vermögen beschlagnahmt und viele Funktionäre inhaftiert und verfolgt. Des weiteren wurden Tarifverträge abgeschafft und Löhne staatlich durch einen Reichstreuhänder diktiert. In den Betrieben herrschte das Führer-Gefolgschaftsprinzip.

Geschichte wiederholt sich nicht. Dennoch stehen heute, im Jahr 2003, im hartem Kampf erworbene Werte wie Tarifautonomie und Arbeitsschutzrechte zur Disposition. Der Wettbewerb „wird's schon regeln" heißt die alte Leier. Dabei stellte schon 1900 der schwedische Schriftsteller August Strindberg fest: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis, bedeutet nichts anderes, als dass der Eine die Notlage des Anderen ausnutzt." ■

Paris, 1. Mai:

Le Pen mobilisiert vor die Pariser Oper

Aus gegensätzlichen Motiven wurde auch in diesem Jahr am Pariser 1. Mai demonstriert. Ähnlich wie in den Vorjahren marschierte am Vormittag ab 9.30 Uhr der rechtsextreme Front National (FN) auf, dessen engere Parteigänger teilweise aus ganz Frankreich herangekarrt worden waren. Gegen Mittag endete die rechtsextreme Parade, mit einer rund einstündigen Rede von Parteichef Jean-Marie Le Pen auf dem Vorplatz der Pariser Oper.

Auch in diesem Jahr blieb die Zahl der Teilnehmer (4000) an diesem Aufmarsch deutlich hinter jenem an der nachmittäglichen Demonstration von Linken und Gewerkschaften zurück. Auf Paris bezogen, lag das Verhältnis in diesem Jahr bei 1 zu 10. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Nachmittagsdemo nur eine regionale ist, denn in weiteren Städten (Marseille, Strasbourg...) fanden ebenfalls bedeutende Maidemonstrationen statt. Somit bleibt die extreme Rechte nach wie vor kilometerweit von ihrem Ziel entfernt, am Arbeiterfeiertag auch nur entfernt die Straße zu dominieren.

Le Pen will nationale Arbeit und nationales Kapital versöhnen – gegen das „vaterlandslose (Finanz-)Kapital“

Seit 1988 marschiert der Front National (FN) jährlich am 1. Mai zu Ehren seiner „Nationalheiligen“ Jeanne d'Arc, zu deutsch Johanna von Orléans, durch Paris. Eigentlich liegt der Gedenktag für die Nationalpatronin, die seit dem späten 19. Jahrhundert durch die äußerste Rechte als Symbol entdeckt wurde (sie hatte im 15. Jahrhundert gegen die englische Invasion gekämpft, jedenfalls der Legende zufolge), auf dem zweiten Sonntag im Mai.

Doch im Jahr 1927 lancierte der französische Faschist Georges Valois als Erster die Idee, die extreme Rechte solle den internationalen Arbeiterfeiertag für sich besetzen, um der Arbeiterbewegung auch auf der Straße den Rang abzulaufen. Er schlug vor, das Gedenken an Jeanne d'Arc auf den – bei den Gewerkschaften und Sozialisten bereits üblichen – Demotag am 1. Mai zu verlegen. Valois war der Chef einer Partei, die sich Les Faisceaux (die Bündel) nannte, unter Anlehnung an die altrömischen Fasci (Rutenbündel), nach denen sich die italienischen Faschisten benannt hatten. Es handelt sich um die erste offen faschistische Partei auf französischem Boden, die damals noch unbedeutend blieb und Ende der 20er Jahre scheiterte. Freilich sollte sie später Nachahmer finden.

Der Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen lancierte exakt die gleiche Idee in den späten 80er Jahren. Wie andere rechtsextreme Organisationen, Gruppen und Sekten auch hatte der FN bis dahin am zweiten Maisonntag „für Jeanne d'Arc“ paradiert. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass einige der Vordenker der Partei – die sehr geschichtsbewusst ist, was die Kenntnis der historischen faschistischen Bewegungen betrifft – diese Vorgeschichte kannten. Zugleich war der praktische Nutzen im Jahr 1988 evident: Damals, wie in jedem Präsidentschafts-Wahljahr, liegt der 1. Mai genau in der Mitte zwischen den beiden Wahlgängen. Le Pen, der 1988 zum ersten Mal ein bedeutendes Ergebnis (14,4 Prozent) erhielt, konnte durch einen öffentlich beachteten Aufmarsch so besonders starken Einfluss auf die Stichwahl nehmen.

Ende der 90er Jahre kamen zwischen 6.000 und 10.000 Anhänger zusammen, besonders 1996 war der Aufmarsch erfolgreich. Hingegen brachen die Teilnehmerzahlen nach der Parteispaltung von 1999 ein, und fielen auf nurmehr an die 3.000. Seinerzeit war auffällig, dass der FN die Parade bewusst auseinander zog, und manchmal riesige Löcher zwischen den Blöcken klaffen ließ – um die Schwäche der (landesweiten) Mobilisierung zu überdecken.



1. Maiaufruf des Front National

Eine Ausnahme bildete der 1. Mai 2002. Zehn Tage davor war es Le Pen überraschend gelungen, in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zu ziehen. Deswegen musste jetzt, vor der Stichwahl, Mobilisierungsfähigkeit bewiesen werden. Kostenlose Busse wurden, auch für entferntere Sympathisanten, aus allen Teilen Frankreichs zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis (10.000 bis 12.000 Teilnehmer) schien jedoch hinter die Erwartungen der Organisatoren zurückzufallen. Deren Sprecher Martial Bildt – junger Vorsitzender der Pariser Parteisektion – kündigte damals von der riesigen Tribüne herab mehrfach an, weitere Busse seien noch eingetroffen, deren Insassen noch auf den Platz drängen würden. Doch von jeglichem Neuzugang auf die Kundgebung war weit und breit nichts zu sehen... Fantasievoll gab die Partei die Mobilisierung später mit 120.000 an, was jedoch offensichtlich unsinnig war.

In diesem Jahr war an eine Wiederholung davon nicht zu denken. Einen ähnlichen Finanzaufwand konnte der FN nicht verkraften, zumal er erst 12 Tage davor einen aufwändigen Parteikongress in Nizza organisiert hatte. Daher blieb es beim Aufmarsch der engeren Parteigänger. Rund 4.000 kamen zusammen, darunter einige hundert auffällig rechtsradikal gekleidete jüngere Teilnehmer (einige Skinheads in schwarzem Outfit mit Blood & Honour-Aufschrift mitgezählt). Normalerweise muss diese, aus Sicht der Älteren schwer zu kontrollierende – die Presse sieht zu! – Jugend ganz hinten marschieren. Dieses Mal war sie jedoch nach vorn an den Demo-Anfang geschoben worden. Denn die Demo benötigte dringend die großmäuligen Sprechchöre der jungen Ultras, um überhaupt ein bisschen animiert zu wirken – auch wenn man an der Parteispitze die bekleidungsmäßige „Folklore“ nicht immer schätzt, jedenfalls wenn sie schadet.

Das gesellschaftliche Profil der extremen Rechten hat sich verengt

Auffällig war dabei vor allem, dass keine einzige der „sozialen“ Vorfeld- oder Satellitenorganisationen des FN mehr vertreten war, die in früheren Jahren auf sich aufmerksam machten, beispielsweise als rechtsextreme „Gewerkschaften“, Arbeitslosenfronten oder Mietervereinigungen, die

---

Unweit vom Zug der FN-Anhänger fand auch dieses Mal gegen 11 Uhr die Kranzniederlegung statt, die seit Ende der 90er Jahre von linken, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen durchgeführt wird. Dabei wurde dieses Jahr erstmals eine Gedenkplakette eingeweiht, die in eine der Seinebrücken – den Pont du Carrousel – eingelassen ist. Mit ihr gedenken die Teilnehmer dem jungen Marokkaner Brahim Bouraam, der an dieser Stelle in die Seine geworfen worden und ertrunken war. Der Mord ereignete sich am 1. Mai 1995, während der jährliche FN-Marsch „für Jeanne d'Arc“ hier vorüber zog. Die Täter waren vier Skinheads, die man damals am Aufmarsch hinter Le Pen hatte teilnehmen lassen. Auch wenn die rechtsextreme Partei sich natürlich hinterher von ihnen distanzierte (eine solche Tat macht sich in der Öffentlichkeit schlecht) – die Skins waren mit dem Bus der FN-Sektion aus dem ostfranzösischen Reims angereist.

Am diesjährigen 1. Mai 2003 nahm Le Pen in seiner Rede zu der Kranzniederlegung Stellung: Er befand es für skandalös, dass der seit zwei Jahren amtierende sozialistische Oberbürgermeister Bertrand Delanoe (anders als sein rechter Amtsvorgänger Jean Tiberi) an der Einweihung der Gedenkplakette teilnehme. Anscheinend weihe man nun jedes Jahr eine neue religiöse Gedenktafel – in Bayern und Österreich nennt man so etwas „Marterl“ – ein, wenn es nur zum Ziel habe, dem FN zu schaden. Doch auch Delanoe sei ja Opfer eines Attentats geworden, „von Seiten eines seiner politischen Freunde“. Das Stadtoberhaupt war Anfang Oktober 2002 von einem geistig umnachteten Mann mit einem Messer verletzt worden. Deswegen, so Le Pen, solle der Oberbürgermeister sich doch gleich „eine Gedenktafel um den Hals hängen“. Der mehr als geschmacklose Ausfall war nicht dazu angetan, bei anderen Parteien und Medien den Abscheu für Le Pen zu verringern.

zwischen 1995 und 98 gegründet worden waren. Einzige Ausnahme war der FN-Veteranenverband CNC, dessen alternde Militaristen im Gänsemarsch paradierten – früher marschierten sie in Blöcken. Das sah eher lächerlich aus, auch wenn es ihre Reihen in die Länge zog. Ansonsten defilierten ausschließlich Kreisverbände der Partei.

Die soziale Frage, die die Rechtsextremen noch in den 90er Jahren hatten besetzen wollen, wird durch sie heute offenkundig vernachlässigt. Ein einziges mitgeführtes Transparent war „sozialen" Inhalts („Garantiert unsere Renten"). In seiner knapp einstündigen Rede – die etwas weniger langatmig ausfiel als in den Vorjahren – betonte Le Pen, Kapital und Arbeit stünden sich in einem nationalen Rahmen nicht als Gegner gegenüber. Hingegen sei das vaterlandslose (Finanz-)Kapital von Übel, das der Arbeit die Grundlagen entziehe.

Die nationale Rechte müsse den Mut haben, zu sagen, dass die Probleme nur gelöst werden könnten, indem man „in Frankreich mehr und länger arbeitet". Ferner gebe es nur eine Lösung für die Problematik der Altersversorgung, nämlich die natalistische Lösung: Man müsse möglichst viele „französische Kinder machen". Aber bitte nicht Kinder von Immigranten in Frankreich, denn, so zog Le Pen einmal mehr eine Parallele vom Tierreich zur menschlichen Gesellschaft: „Man kann einem Grauesel die Haare abschneiden, deswegen wird er noch lange nicht zum Rassepferd."

Das war Le Pens Beitrag zur aktuellen Debatte um die Renten"reform". Wahrscheinlich keine gute Voraussetzung, um in der aktuellen Konfrontation zwischen neoliberaler Regierung (welche Renten senken und Beitragszeiten verlängern will) und gegen die rückschrittliche „Reform" kämpfenden Gewerkschaften zu punkten. Eher macht er gerade die jahrelangen Versuche der extremen Rechten in den Neunzigern zunichte, als die „wahre soziale Alternative" neben liberaler Regierungspolitik und „Systemgewerkschaften" zu erscheinen. Zu den gewerkschaftlichen Protesten in der Renten-Sache merkte Le Pen nur an: „Wenn es schlecht geht, dann geht die Linke demonstrieren, gestern ‚gegen Le Pen' oder heute ‚für die Renten' – so, als ob sie mit den Füßen denkt. Morgen wird sie dann vielleicht gegen andere Dinge protestieren: gegen die asiatische Grippe, gegen den Hagel, gegen den Brustkrebs." Das brachte ihm zwar Heiterkeit bei seinen Anhängern an. Über deren Reihen hinaus dürften das aber nicht alle so komisch finden, wenn es nun bald ganz konkret um die Verteidigung sozialer Errungenschaften gegen neoliberale Abrisspläne geht.

Rechtsextremer Devotionalienhandel

Im Anschluss auf die Rede konnte man auf dem Vorplatz der Oper, der nicht allzu überfüllt wirkte, seinen Bedarf (sofern vorhanden) an rechtsextremen Zeitschriften, Plakaten, CDs oder Neonazi-Devotionalien decken. Besonders von jungen Anhängern umringt war ein Stand, an dem beispielsweise schwarze T-Shirts mit der Aufschrift „NSDAP München" vertickt wurden. Andere, die am gleichen Stand zu haben waren, trugen Abzeichen (Keltenkreuz) und Schriftzug der verbotenen rechtsextremen Schlägertruppe GUD, wieder andere zeigten ein Fantasieporträt von Saddam Hussein mit einem Offiziersberet, das vom Keltenkreuz geschmückt wurde.

Nebenan fand sich das betagtere Publikum ein, dort gab es etwa „nette" Postkarten, die anscheinend vom Zeichner – er nennt sich „Ignace" – persönlich verkauft wurden. Der Verkäufer, an die 40, grinste freundlich: Wie immer hatte ich meinen Journalisten-Ankleber auf Nimmerwiedersehen in der Tasche verschwinden lassen, um mich unauffällig unter das Partei-Fußvolk zu mischen, bei dem die Presse nicht immer beliebt ist. Auf einer der Postkarten sieht man Paul Touvier, den Anfang der 90er Jahre verstorbenen Chef der Miliz des Vichy-Regimes, mit einem Engel (seinem Schutzengel ?) – der ihm versichert, sein Urteil vor dem Jüngsten Gericht werde positiv ausfallen, „weil der Oberste Richter keine Verbindung zu Freimaurern und Judentum hat". Auf einer anderen wird man aufgefordert, „weder Pest noch Cholera" gut zu finden. Dargestellt sind dazu die Karikatur eines Kommunisten (Stalinbart, Outfit eines Politkommissars) und jene eines Freimaurers (mit dem berühmten Zirkel-Emblem) – die Weltverschwörung lässt schön grüßen.

Bei der Jugendorganisation FNJ wiederum konnte man sich mit extrem aggressiv wirkenden Aufklebern eindecken, auf denen dick und fett „Du scheißt auf Frankreich – hau ab!" zu lesen steht. Darauf sieht man einen Immigrantenjugendlichen, der an seinem Trabantenstadt-Look zu erkennen sein soll – verkehrt herum aufgesetzte Baseballkappe und Sportklamotten - und dem Betrachter anscheinend mit einem Knüppel droht. Ich konnte mich problemlos mit einer größeren Menge des Machwerks eindecken. Die landete wenigstens in der Mülltonne.

Am Nachmittag dann demonstrierten 40.000 Personen durch Paris, mit verschiedenen Gewerkschaften, linken Organisationen und Immigrantenvereinigungen. Im übrigen Frankreich waren, meist schon am Vormittag, bereits an die 300.000 Menschen in verschiedenen Städten auf die Straße gegangen. Fast überall stand die drohende „Reform" der Renten im Vordergrund, gegen die am 13. Mai frankreichweit gestreikt wird. Die zu erwartende soziale Polarisierung wird, so ist zu hoffen, Le Pen für eine Weile aus dem politischen Leben abgehängt lassen.

Bernhard Schmid, Paris ■

BERICHTIGUNG zur letzten AN-Ausgabe, Artikel über den Kongress des Front National:

Nizza ist nicht (wie zu lesen stand) die sechst-, sondern die fünftgrößte Stadt Frankreichs. Vor ihr liegen nur Paris, Lyon, Marseille und Lille. Umso schlimmer, für eine Stadt, die vom Ex-Neofaschisten Jacques Peyrat regiert wird.

FPÖ verliert weiter

Österreich. Erneut herbe Verluste musste die rechtsextreme FPÖ bei den Landtagswahlen im größten österreichischen Bundesland, Niederösterreich, hinnehmen. Mit einem satten Minus von 11,59 Prozent schaffte es die FPÖ 3/4 ihrer Stimmen zu verlieren. Die verbliebenen 4,49 Prozent reichen gerade noch aus, um weiterhin im niederösterreichischen Landtag zu verbleiben, allerdings ist die FPÖ damit hinter die Grünen zurückgefallen und nurmehr viertstärkste Kraft im Lande. Profiteur dieser Demontage ist in erster Linie der Koalitionspartner ÖVP, der nun dank 53,29 Prozent Stimmanteil eine gut ausgebaute absolute Mehrheit im niederösterreichischen Landtag besitzt.

Nach dem Wahldebakel der FPÖ in Niederösterreich mussten natürlich Köpfe Rollen, in diesem Fall die von Spitzenkandidat Franz Marchart und Landesparteiobmann Ernest Windholz, der seinen Amtsantritt im Jahr 2000 mit dem Motto der Waffen-SS bestritt. Die Nachfolgerin an der Spitze Landespartei kann sich sehen lassen:

Neue Landesparteichefin wird mit Barbara Rosenkranz, die Frau eines der führenden österreichischen Rechtsextremisten, Horst-Jakob Rosenkranz. Dieser ist Ex-Aktivist der 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP) und Obmann der rechtsextremen Partei Kritische Demokraten; bei der Nationalratswahl 1990 fungierte er als einer der Spitzenkandidaten der „Liste Nein zur Ausländerflut", die vom Verfassungsgerichtshof als neonazistisch qualifiziert. Die 10-fache Mutter bekennt auch offen, dass sie die Texte ihres Mannes auf Rechtschreibfehler redigiere, sowie dass sie in den Aktivitäten ihres Mannes „nichts ehrenrühriges" erkennen könne.

Quellen: www.orf.at, http://derstandard.at/ http://www.doew.at, Newsletter böses österreich 4-2003, www.raw.at ■

Den rechten Vormarsch stoppen!

Antifaschistische Demonstration: Samstag, 24. Mai, Hannover, Braunschweiger Platz, 10 Uhr

Am 24. Mai wollen Neonazis in Hannover aufmarschieren. Dazu rufen die NPD und eine Vielzahl kleinerer neofaschistischer Organisationen auf unter dem zynischen Motto „Heimreise statt Einwanderung! Denn deutsche Kinder braucht das Land!" Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft zu Gegenaktivitäten auf. In ihrem Aufruf heißt es:

...Seit Jahren üben Neonazis ihren Terror auf den Straßen aus. Ebenso viele Jahre haben Politik, Polizei und auch die Medien diese Entwicklung verharmlost und dadurch gefördert.

Das nehmen wir nicht hin!

Das staatliche Verbot der NPD ist vom Tisch, nicht zuletzt, weil eine Vielzahl von „Verfassungsschützern" in der NPD-Führungsriege waren. Unverzichtbar ist antifaschistisches Handeln, das bei der Zivilcourage im Alltag beginnt und das zu organisiertem politischen Protest und Widerstand gegen faschistische Entwicklungen führt. Die Neonazis lassen sich nicht mit Sozialarbeit und auch nicht durch schöne Reden und Appelle zurückdrängen. Wir überlassen den Nazis die Straßen und Plätze nicht! Wir greifen ein!

Die NPD – eine Partei in der Tradition des Nationalsozialismus

Die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) steht, neben den neonazistischen „Freien Kameradschaften", für die offenste und unverhohlenste Propagierung des Gedankengutes der NSDAP. Und sie steht über die 1952 verbotene neonazistische „Sozialistische Reichspartei" (SRP) und deren Nachfolgeorganisation „Deutsche Reichspartei" (DRP) auch organisatorisch in einer Kontiniutätslinie zur NSDAP und dem „3. Reich". Sie bekennt sich zu deren Führern, verherrlicht die faschistische Diktatur und benutzt dieselbe gewerkschaftsfeindliche, rassistische, antisemitische und antikommunistische Ideologie und fordert eine Neuauflage der faschistischen „Volksgemeinschaft".

... Die NPD sieht sich selbst als „Speerspitze des nationalen Widerstandes" und beherbergt seit den Verboten diverser anderer Neonazi-Organisationen viele von deren Aktivisten und Führern. Darüber hinaus verfügt die NPD über gute Kontakte zu den terroristischen Teilen der „nationalen Bewegung", die bekanntermaßen in der jüngeren Vergangenheit vor Brand- und Mordanschlägen nicht zurückgeschreckt haben. ... Wohin die Reise gehen soll, machte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in der Parteizeitung „Deutsche Stimme" deutlich: „Unser Ziel ist das Reich – unser Weg die NPD! Der Kampf um Deutschland hat begonnen."

Jeder störungsfrei durchgeführte Aufmarsch der Faschisten stärkt ihre Reputation als „normale" gesellschaftliche Kraft und darüber hinaus das Selbstbewusstsein ihrer Anhänger und Anhängerinnen.

Dass die Neonazis heute so oft und so zahlreich auftreten können, liegt auch daran, dass der Staat und die jeweiligen Regierungen jahrelang eine Politik gemacht haben, die die Entwicklung des Neofaschismus ignoriert bzw. vorangetrieben hat:

- Mit „akzeptierender Sozialarbeit" haben sie nicht nur den Neofaschismus zu einem Jugendproblem angeblicher Modernisierungsverlierer verharmlost, sie haben den Neofaschisten zudem zu Treffpunkten, Jugendzentren, usw. verholfen.
- Mit den „Ausländergesetzen" haben sie nicht nur die Lage der MigrantInnen beständig verschlechtert. Weit davon entfernt, die gleichen Rechte anzustreben, wird hinausgeschmissen, wer nicht „nützlich" ist, reingelassen wer „nützlich" ist und wieder rausgeschmissen, wer nicht mehr „nützlich" ist. Damit wurde rassistischen Angriffen Legitimität verschafft.
- Mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik haben sie den ArbeiterInnen nicht nur Lohndumping und Niedriglohnsektoren beschert, bzw. dem Kapital die Durchsetzung immer schärferer Akkordhetze ermöglicht, sondern auch der sozialen Demagogie faschistischer Organisationen Tür und Tor geöffnet.
- Mit der Außenpolitik haben sie nicht nur dafür gesorgt, dass deutsche Truppen wieder weltweit marschieren können, sie haben zudem innerhalb der Gesellschaft soldatischen Männerbildern und Werten zu neuem Ansehen verholfen.

Auch gegen eine solche Politik werden wir am 24. Mai auf die Straße gehen!

Aktuelle Infos: www.antifa-aktion.de ■

Antifasch. Aktion Hannover [AAH]; Antifa 3000; Antifasch. Aktion Wennigsen; VVN-BdA, Kreisvereinigung Hannover; PDS, KV Hannover; Schwarze Strolche/Jugendantifa; FAU, Hannover; KPD Hannover; Bündnis gegen rechte Gewalt, Langenhagen; Die Falken/Sozialistische Jugend, KV Hannover, Das Andere Kino Lehrte-Verein für offene Jugendarbeit, Antifa-Nordlippe, Jugend Antifa Netzwerk [JAN], Antifa Jugend Göttingen (AJG), Antifa-Etelsen, AStA der Uni Hannover, Falkenkeller Barsinghausen, Antifaschistische Aktion LEVerkusen - [AA-LEV], Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Feiern zu Hitlers Geburtstag

MEININGEN. Wie schon die Jahre zuvor haben Nazis in der Gegend von Meiningen in Thüringen Hitlers Geburtstag gefeiert.

Dieses Jahr suchten sie sich einen Ort tief im Wald, um ungestört ihrem Führer zu huldigen: Die Bakuninhütte auf dem Berg „Hohe Maas" bei Meiningen. Ein Ort, der eine anarchistisch revolutionäre Geschichte in sich birgt. Im Jahre 1919 kaufte sich die damalige Ortsgruppe der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) ein Ackergrundstück. Bis 1925 bauten sie dort Kartoffeln und andere Lebensmittel an, um die damals schlechte Lebensmittellage zu überbrücken. Danach entschlossen sich die damaligen Mitglieder eine Schützhütte zu bauen. Diese Hütte wurde immer weiter ausgebaut und es entstand eine Steingruppe, die an die Ermordeten Sacco und Vanzetti, an Franzisco Ferrer und an den Urvater des anarchistischen Gedankens Michail Bakunin erinnerte.



Die Bakuninhütte entwickelte sich zu einem Zentrum anarcho-syndikalistischer Bewegungen. 1930 fand das erste Reichsferienlager der Syndikalistischen Anarchistischen Jugend Deutschlands(SAJD) statt. Selbst Erich Mühsam soll einer der zahllosen Besucher gewesen sein. Die Machtergreifung der NSDAP führte zu einem abruptem Ende. Das Grundstück wurde beschlagnahmt und der SS übertragen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Haus verschieden genutzt, zuletzt von der Bereitschaftspolizei der DDR. 1991 wurde von der damaligen Antifa Meiningen der Versuch unternommen, das Haus samt Grundstück wiederzubekommen. Dieses Vorhaben wurde jedoch von der deutschen Bürokratie und Antipathie seitens verschiedener Institutionen verhindert. Heute ist die Bakuninhütte ein leerstehendes Haus mitten im Wald mit einer historischen Vergangenheit.

Zu der Feier am 20. diesen Jahres kamen ca. 30 Nazis. Die Nazis kamen den Autokennzeichen nach höchstwahrscheinlich aus ganz Thüringen. Dies zeigt, wie gut die Meininger Naziszene in Thüringen mitspielen kann. Nicht umsonst sprach die Nazifunktionärin Yvonne M. aus Meiningen bei Nazidemonstrationen in Suhl, Leipzig, Chemnitz und am 20. April auch in Weimar. Diese Tatsachen lassen leider darauf schließen, dass Meiningen wie auch Südthüringen in Zukunft ein Hauptschwerpunkt von Naziaktivitäten sein wird.

Gruppe fura, Freie Union Revolutionäer Anarchisten ■

Gegen Krieg als Mittel der Politik

Offiziell ist der Krieg gegen den Irak zu Ende. Die Ostermärsche waren auch aufgrund des Endes der Bombardierungen des Iraks nicht so hervorragend besucht, wie mancherorts erwartet worden war. Dennoch waren die Teilnehmer/innenzahlen nicht schlecht. Es gab vor allem an mehr Orten Ostermärsche als im Jahr zuvor. Themen wie die Kritik an der weiteren Herausbildung einer Gegenmacht Europäische Union und an den in Erarbeitung befindlichen „Verteidigungspolitischen Richtlinien", in denen nach Angaben des Bundeswehr-Generalinspekteurs das Präventivkriegskonzept enthalten sein soll, haben bei den Reden der Ostermärsche gewichtige Rollen gespielt. Wir dokumentieren Auszüge aus der Ostermarschrede von Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. beim internationalen Ostermarsch in Konstanz, Bodensee am 19.4.2003

Liebe Freundinnen und Freunde, ich freue mich, dass wir heute so viele sind, obwohl es heißt, dass der Krieg offiziell zu Ende sei. ... Wir können inzwischen so etwas wie eine Zwischenbilanz dieses Krieges ziehen, dieser Krieg ist nämlich nicht zu Ende: Es gab ca. 2.000 tote Zivilsten, davon 12 Journalisten, wovon wir wissen, dass zumindest die, die am zweitletzten Tag des Bombenkrieges umgebracht worden sind, dass das aller Wahrscheinlichkeit nach, bewusste Abschüsse waren, es gab ca. 10.000 z.T. schwer Verletzte unter der Zivilbevölkerung. Und es gab ca. 8.000 tote irakische Soldaten, wenn nicht deutlich mehr. Und es wurde sehr viel an wertvollen Kulturgütern zerstört, in bisher ungeahnten Ausmaß. Für mich ist es ein typisches Zeichen, wie diejenigen, die dieses Land bombardiert und erobert haben, mit diesen Kulturgütern umgegangen sind. Es ist offensichtlich das, was die Regierungen dieser Länder unter Zivilisation verstehen. Wenn man Ölministerien schützen kann, aber Museen nicht, zeigt das, wo die Prioritäten liegen, und es zeigt, dass wir Recht hatten, als wir gesagt haben, dieser Krieg wird auch geführt, weil es ein Krieg ist, um den Zugang zum Öl. Wir haben davor gewarnt, dass dieser Krieg einen Dominoeffekt auslösen wird. Auch dieser Hinweis war berechtigt, kaum war der Irak erobert, war das nächste Ziel ins Visier genommen. Wir sagen von hier aus ganz klar: Lasst die Finger von Syrien!

Wir erinnern uns, dieser Krieg wurde begründet, weil es angeblich darum ging, Massenvernichtungswaffen im Irak zu zerstören. In einem Brief an einen befreundeten us-amerikanischen Journalisten schreibt die deutsche Regierung am 9. April, also während des Krieges: „Die Bundesregierung bedauert, dass der Weg der friedlichen Abrüstung des Irak nicht weiter verfolgt werden konnte." Joschka Fischer, der deutsche Außenminister, bezeichnet diesen Krieg als einen „Abrüstungskrieg". Nein. Es ging nie um Massenvernichtungswaffen! Sondern es ging darum, eine andere Hegemonialordnung in dieser Region zu installieren, und es ging um den Zugang zu Öl, und es ging um den Test der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA mit dem sogenannten Präventivkriegskonzept.

...Liebe Freundinnen und Freunde, uns wurden Bilder gezeigt, von Iraker/innen, die gejubelt haben, als Saddam Hussein gestürzt wurde. Wir begrüßen, dass der Diktator Saddam Hussein nicht mehr an der Macht ist. Nur und das will ich sehr deutlich sagen: Bei dem Sturz von Saddam Hussein jubeln Millionen, doch gäbe es einen Bush nicht, würde die ganze Welt jubeln.. Doch das Problem ist tiefergehender, das Problem ist nicht allein Herr Bush, das Problem ist auch Herr Blair, und das Problem sind auch Herr Schröder und Herr Fischer. Die deutsche Regierung war ja offiziell gegen diesen Krieg. Doch was diese deutsche Regierung gemacht hat, ist eine Doppelstrategie zu fahren, nämlich diplomatisch gegen diesen Krieg zu sein, und im militärischen Bereich alles dafür zu tun, damit dieser Krieg funktioniert hat. Ein Großteil der kriegsnotwendigen Transporte lief über Deutschland, über Frankfurt Airbase, Ramstein, Spangdahlem, und über die Häfen von Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Emden, Nordenham, usw. Wir haben immer und immer wieder kritisiert, dass die deutsche Regierung nur gesagt hat, sie sei gegen diesen Krieg, und wir haben immer und immer wieder gefordert, sie solle diesen kriegskritischen Worten auch endlich Taten folgen lassen.

Liebe Freundinnen und Freunde, man fragt sich ja, warum die deutsche Regierung gegen den Krieg geredet hat und gleichzeitig den Krieg wesentlich ermöglicht hat. Dahinter steht – und das ist inzwischen für immer mehr Menschen offensichtlich – ein Konzept: Dieses Konzept ist eine Doppelstrategie, die einerseits zum Ziel hat, dass die deutsche Regierung und deutsche Firmen auch mit beteiligt werden, beim sogenannten Nachkriegsirak und bei der Vergabe von Wiederaufbauprojekten im Irak und dass andererseits derzeit die deutsche Regierung zusammen mit der französischen Regierung dabei ist, eine Gegen-Militärmacht Europäische Union weiter zu betreiben..

Herr Rogowski vom Bundesverband der Industrie in Deutschland (BDI) hat formuliert, dass er fordert, dass auch deutsche Firmen jetzt Aufträge bekommen sollen, Friedrich Merz von der CDU hat gesagt, wir sind gerne beim Aufbau dabei, wenn auch deutsche Firmen Gewinne machen, Wolfgang Thierse hat sich dem angeschlossen. ...

Gerhard Schröder hat in der ZEIT ein Interview gegeben, in dem er sagt, wenn man selbstständig agiert, dann müsse man auch bereit sein, mehr Geld in Militär und Rüstung zu stecken. Im Moment sind diese Herren Chirac und Schröder dabei, gemeinsam eine EU-Interventionstruppe aufzubauen mit 60.000 Mann, davon 18.000 aus Deutschland. Und es gibt einen Sondergipfel am 29. April, wo die französische, die deutsche und die belgische Regierung gemeinsam überlegen, wie sie eine Gegenmilitärmacht EU weiter ausbauen können. Sie wollen dort ihre militärischen und Rüstungs-Aktivitäten besser koordinieren. Ich sage von hier aus: Wir wollen weder eine Weltmacht USA, noch eine Weltmacht Europäische Union. Und wir wollen natürlich schon gar keine neue Weltmacht Deutschland.



... Wenn Krieg geführt wird, werden an der Heimatfront Grundrechte eingeschränkt. Wir wollen nicht dass Grundrechte eingeschränkt werden, dass Menschen entweder in den USA aber auch hier in Deutschland mit Repressionen überzogen werden, nur weil sie z.B. muslimischen Glaubens sind oder arabischer Herkunft. Wir lehnen diesen Abbau von Grundrechten ab. Ich denke, das Problem ist nicht allein die US-Regierung, das Problem ist die Politik, die in allen westlichen Staaten gemacht wird, nämlich eine Politik, die auf Kosten der Menschen im Süden geht. Und es ist zentral, dass die Antikriegs- und Friedensbewegung sich zusammengeschlossen hat mit den globalisierungskritischen Gruppen, und gemein- →

Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai:

Für die DP soll es der Durchbruch werden

BREMEN. Für die „Deutsche Partei“ (DP) geht es bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai um viel. „Den Neuanfang für die ganze Republik wollen wir in Bremen beginnen“, donnert der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel. Einst war der Theologe Vize-Chef der hessischen FDP-Landtagsfraktion und später der Spitzenmann im „Bund Freier Bürger“ (BfB). Seine Partei bildet zusammen mit der „Deutschen Volks-Union“ (DVU) und der „Schill-Partei“ das – allerdings untereinander verfeindete – Trio der Anbieter aus dem deutlich rechtsgestrickten Lager für die Wählerinnen und Wähler des Zwei-Städte-Staates, bestehend aus Bremen und Bremerhaven. 100 Plätze in der Bürgerschaft als dem Parlament des kleinsten Bundeslandes müssen besetzt werden, 20 davon mit Politikern aus Bremerhaven.

Es ist lange her, dass die DP zuletzt von der Macht gekostet hatte: Von 1949 bis 1961 war sie mit Abgeordneten und Ministern auf Landes- und Bundesebene vertreten. Sogar ein Ministerpräsident Niedersachsens, Heinrich Hellwege, besaß ihr Parteibuch; er regierte von 1955 bis 1959. Nun will sich die Deutsche Partei zurück in ein Parlament schleichen. Dabei baut ihr Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Reinhold Thiel nicht zuletzt auf seine guten Verbindungen in das Lager der Vertriebenen und Spätaussiedler. Der 58-jährige Haupt- und Realschullehrer leitet nämlich die Pommersche Landsmannschaft in Bremen und fungiert als stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften (BdV) in der Hansestadt. Nach ihm stehen der in Budapest geborene Laszlo Arvai, zugleich Landesschatzmeister, und Irene Schimow aus Ljubink/Omsk auf der Kandidatenliste. Die Schlagzeilen, die einer der Bürgerschaftskandidaten der DP unlängst gemacht hatte, dürften dem stets um Seriosität bemühten Reinhold Thiel kaum gefallen haben. Die „Frankfurter Rundschau“ (FR) hatte berichtet, dass Reinhard Willnow – er steht auf Platz Zehn der Kandidatenliste – früher Pressesprecher der „Republikaner“ in Bremen gewesen und im Zusammenhang mit der Leugnung des Massenmordes an den Juden aufgefallen sei. Der FR zufolge hat in der Hansestadt der Verfassungsschutz ein Auge auf die Deutsche Partei, wirft ihr Anknüpfungspunkte in das ultrarechte Lager vor. In diesem Sinne muss wohl auch der Versuch des DP-Bundesvorsitzenden Kappel gedeutet werden, in Bremen ein gemeinsames Vorgehen mit der rechtsextremistischen Deutschen Volks-Union des „National-Zeitungs“-Verlegers Dr. Gerhard Frey zu erreichen. Nach Kappels Vorstellungen hätte die DVU zu Gunsten der DP auf ihre Kandidatur in Bremen verzichten sollen. Dieses Ansinnen lehnte Frey ab – verständlicherweise. Denn immerhin hat die DVU der DP etwas voraus, was diese gerne erreichen möchte – nämlich einen Sitz in der Bremischen Bürgerschaft, dem Landesparlament. Bei der Bürgerschaftswahl 1999 war der DVU in der Stadt Bremerhaven der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelungen. Im Land Bremen hatte sie drei, in der Stadt Bremerhaven sechs Prozent erzielt. Deshalb stellt sie seitdem mit Siegfried Tittmann einen Landesparlamentarier. Tittmann amtiert bereits seit 1991 als DVU-Fraktionschef in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Politische Beobachter in der rund 119.000 Einwohner zählenden Seestadt halten es für möglich, dass die DVU zumindest in Bremerhaven ein weiteres Mal über die Fünf-Prozent-Hürde gelangen könnte. Schließlich wird Bremerhaven seit langem von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit und einem ungewöhnlich stark unterentwickelten Selbstbewusstsein seiner Bürger gebeutelt – ein guter Nährboden für DVU-Parolen wie „Weniger Geld ins Ausland – mehr für Bremerhaven“.



DVU-Wahlwerbung

Im Wahlkampf stellt die DVU neben Tittmann die erst 26-jährige Arzthelferin Irina Tadday aus Bremerhaven besonders heraus. Die junge Frau kann womöglich ein wenig von Leuten wie dem jetzigen Bürgerschaftskandidaten und ehemaligen bremischen Bürgerschaftsabgeordneten Hans Otto Weidenbach ablenken. Der enge Vertraute von Gerhard Frey war bis Anfang der neunziger Jahre Landesvorsitzender der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und fiel während und auch nach dieser Zeit durch rassistische Äußerungen auf.

Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl am 25. Mai sieht sich die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO), besser als Schill-Partei bekannt, klar im Aufwind. Grund für die nach außen zur Schau gestellte Zuversicht ist, dass ihr „Flehen“ um Beistand aus dem christdemokratischen Lager nun tatsächlich erhört wurde. Zwar konnte der ehemalige Innensenator Ralf Bortscheller trotz seiner öffentlich bekundeten Sympathie für die Schill-Partei nicht als Mitglied geworben werden. Aber immerhin kehrte der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Mathias Henkel, seiner Partei den Rücken. Henkel, in früheren Zeiten auch schon mal Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), begründete seinen Beitritt zur PRO in erster Linie mit seinem vergeblichen Widerstand gegen Tierversuche an der Bremer Universität. Die CDU-Führung mutmaßt hingegen, dass Henkel eine Art Bombe hochgehen lassen wollte, nachdem der Hinterbänkler kein weiteres Mal für das Landesparlament nominiert worden war. Der Bremer Landesvorsitzende der Schill-Partei und Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl, Jan Timke, kann jetzt zumindest noch bis zum Ende der Legislaturperiode damit prahlen, dass seine Partei nach Hamburg in einem zweiten Landesparlament vertreten ist. Im Wahlkampf setzt der 32 Jahre alte Polizeibeamte Timke gemeinsam mit seinen Mitstreitern schwerpunktmäßig auf das Thema der Inneren Sicherheit. Die meisten Plakate propagieren „Mehr Härte gegen Straftäter“ und „Gegen Filz und Korruption“. *Thomas Klaus* ■

---

sam sagen wir: eine andere Welt ist nicht nur möglich, eine andere Welt ist – vor allem wenn wir an die Menschen im Süden denken – andere Welt ist dringend nötig . Zentral dabei ist, nicht auf Regierungen zu vertrauen, sondern von unten Druck aufzubauen, denn wer auf Regierungen vertraut und sich verlässt, der ist verlassen. Wir brauchen ein internationales Bündnis von unten, von der Friedensbewegung, von der Antikriegsbewegung, von sozialen Gruppen, von Gewerkschaften, von kirchlichen Gruppen und von globalisierungskritischen Gruppen. Wir müssen gemeinsam von unten Druck machen, um gegen diese ungerechte Weltwirtschaft, die wir hier haben, Druck auszuüben. ...

Die vollständige Rede sowie weitere unter www.imi-online.de ■



Demonstration am 24. Mai in München

Zur Demonstration gegen Abschiebung, Abschiebeknäste und Abschiebelager rufen res publica, Bayerischer Flüchtlingsrat, Münchner Flüchtlingsrat, Karawane München und Interkulturelles Forum am 24. Mai auf. München ab 10 Uhr Stachus

Aufruf: „30.000 Abschiebungen jedes Jahr. Hinter jeder verbirgt sich ein Schicksal. Die meisten Flüchtlinge, die von der Abschiebung betroffen sind, haben seit ihrer Flucht nach Deutschland in Unterkünften, Containern, Abschiebelagern und Abschiebehaft ‚gelebt'. Die Abschiebung ist für sie das Ende jeder Hoffnung auf persönliche Freiheit und Sicherheit auf eine Lebensperspektive frei von Verfolgung, Armut und Hunger. Deshalb: Abschiebelager abschaffen! Abschiebungen stoppen! Recht auf Bleiberecht!" ■

6. Antirassistisches Grenzcamp

Das grenzcamp 2003 findet diesmal in Köln vom 31.7.-10.8.200 3statt: Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen!

Rund um den Globus machen sich täglich unzählige Menschen auf den Weg. Sie wandern in die Städte, die Nachbarstaaten oder die reichen Industrieländer, nicht selten mit Unterstützung informeller Netzwerke oder professionaller SchleuserInnen. Manche von ihnen fliehen vor Krieg, Verfolgung oder Diskriminierung, andere sind auf der Suche nach Einkommen, Ausbildung oder einfach nur Glück. Vielen passt der Mut und die Entschlossenheit dieser MigrantInnen und Flüchtlinge nicht. Insbesondere die reichen Industrieländer scheuen keine Mühe, die aus ihrer Sicht zügellose und unberechenbare Autonomie der Migration unter Kontrolle zu bringen. Mittels Migrationspolitik versuchen sie, MigrantInnen und Flüchtlinge dem Diktat ökonomischer Verwertungslogik unterzuordnen ...

Erklärtes Ziel des 6. Antirassistischen Grenzcamps ist es, dieser Politik eine unmissverständliche und offensive Absage zu erteilen. Statt rassistischer Kontrolle und Ausgrenzung fordern wir das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit.

siehe auch www.infoladen.net/koeln/fnb/camp/campmain.htm ■

Hilfe, die „Schleierdebatte" kommt wieder...

Paris. Eine Debatte, bei der Vernunft und Emanzipation nur verlieren können, wurde in der zweiten Aprilhälfte in Frankreich wieder belebt: Die so genannten „Schleierdebatte", die sich in Wirklichkeit eher um Kopftücher dreht. Im Jahr 1989 hatte die damalige erste Auflage dieser unsäglichen „Diskussion unter Tauben, aber (leider) nicht Stummen" dem Rassismus, und nicht zuletzt dem Front National, einen erheblichen Aufschwung beschert – aber parallel dazu auch, in kleinen Milieus, einem reaktionären islamischen Identitätsdiskurs.



Am Osterwochende (19./20. April) sprach der neokonservative Innenminister Nicolas Sarkozy bei der „Union islamischer Organisationen Frankreichs" UOIF vor, die jährlich an einem Aprilwochenende mindestens 10.000 Muslime im Pariser Vorort Le Bourget versammelt. Die Regierung ist seit einigen Monaten dabei, der islamischen Religionsgemeinschaft – wie bisher dem katholischen, dem protestantischen und dem jüdischen Kultus – einen Rechtsstatus und offizielle Institutionen zu verpassen.

Dabei geht es sowohl um Gleichberechtigung zwischen Religionsgruppen als auch darum, ein Instrument zur Kontrolle der Immigrantenbevölkerung zu schaffen. Die UOIF ist dabei ein wichtiger Gesprächspartner der Regierung. Sie vertritt zugleich den in gesellschaftlichen Dingen stockreaktionären Flügel des Islam. Im neuen Repräsentativen Rat der französischen Muslime stellt die UOIF eine der beiden großen Organisationen. Dieser Repräsentative Rat ist zwar demokratisch von den jeweiligen Gläubigen gewählt, doch es gibt ein wichtiges Aber: „Aber" die Anzahl der jeweiligen Vertreter richten sich nach den Dimensionen des jeweiligen Gotteshauses. Damit erhalten die ebenso finanzstarken wie ultrareaktionären Gruppierungen, die beispielsweise einen üblen Staat wie Saudi-Arabien hinter sich wissen, einen ungerechtfertigten Vorteil. (Die UOIF steht der Internationale der Muslimbrüder nahe, und kann damit auch auf Unterstützung durch Saudi-Arabien hoffen.) Kritiker innerhalb der arabischstämmigen Bevölkerung, der nunmehr vor einigen Wochen gewählte Rat vertrete real 5 bis 10 Prozent der aus muslimischen Ländern stammenden Immigranten – jedenfalls wenn man berücksichtigt, dass viele von ihnen vielleicht auch mit Religion gar nichts am Hut haben und nicht (oder nicht regelmäßig) Moscheen frequentieren. Die Vertretungsmacht solcher Gruppen ist damit eigentlich begrenzt.

Sarkozy trat in Le Bourget mit den Worten auf, er sei als Freund gekommen, aber unter Freunden müsse es auch klare Worte geben. Teilweise schmeichelte er dem Publikum, und erhieltdafür Applaus. Nicht so, als er den Respekt des staatlichen Gesetzes einforderte in Bezug darauf, dass auf Passfotographien das Kopftuch abzulegen sei. Aus Teilen des Saales ertönten Pfiffe. Einzelne Redner gingen sogar so weit, die Aufforderung mit der Einführung des Judensterns zu vergleichen. Die UOIF-Führung versuchte hingegen, die Wogen zu glätten, und betonte ihre Gesetzestreue.

Seitdem beherrschte die „Schleierdebatte" Tage hindurch die Medien. Die Debatte ist jedoch von vornherein schief und kann nur Schlechtes hervorbringen, denn die gesamte Frage ist von Anfang an falsch gestellt. Die Mitdiskutierenden werden vor die Alternative zwischen Gesetzestreue und Loyalität zum Staat einerseits (Sarkozy), und unbedingtem Befolgen religiöser oder kommunitaristischer Gebote (UOIF) andererseits gestellt – anstatt dass die Rechte des Individuums im Mittelpunkt stünden, ob es nun ein Kopftuch anziehen möchte oder nicht.

Wollen Konservative (und Schlimmere) den französischen Staat vor der „islamischen Subversion" schützen, so verteidigt auf der anderen Seite ein stockreaktionäres Pack, wie die UOIF es vertritt, eine vermeintlich monolithische „islamische Identität". Genau die Art von Debatten, die man unbedingt meiden sollte. Auf die angerichteten Schäden kann man sonst warten. Vor allem, wenn führende bürgerliche Politiker – darunter Premierminister Raffarin – ihrer Ankündigung von Ende April Taten folgen lassen, demnächst über ein Gesetz zum Kopftuchtragen zu beraten.

BhS, Paris ■

Eine Grenze gegen Dumping

Die UNO-Wanderarbeiterkonvention

Über 150 Millionen Menschen arbeiten nach Schätzungen der Vereinten Nationen weltweit außerhalb ihrer Heimatländer. Sie haben sich für kürzere oder längere Zeit, begrenzt oder auf Dauer in die Fremde aufgemacht. Sie hatten den Mut oder die Verzweiflung, sich einer unbekannten Umgebung, einer vielleicht auch anderen Kultur auszusetzen. Sie haben sich auf dieses Risiko in der Hoffnung eingelassen, dass ihnen nicht allzu übel mitgespielt werde. Doch diese Hoffnung – leider – trügt sehr oft.

Die fortschreitende Globalisierung hat nicht nur die Waren- und Kapitalmärkte internationalisiert. Sie hat auch die Grenzen der nationalen Arbeitsmärkte eingerissen. Bloß sind die Bedingungen, unter denen Arbeitskräfte ein- und auswandern,



wesentlich ungeordneter und ungeregelter als es im internationalen Güter- und Geldverkehr der Fall ist. Entsprechend gravierend sind die Folgen. Philippinische Arbeitsmigrantinnen werden in Hongkong wie Sklavinnen gehalten, marokkanische Landarbeiter schuften in Spanien unter unmenschlichen Bedingungen, ukrainisehe Bauarbeiter werden in Deutschland illegal und zu Hungerlöhnen vernutzt.

Am 1. Juli 2003 tritt eine UNO-Konvention in Kraft, die Migranten weltweit gegen solche Ausbeutungsmethoden schützen soll. Der Gewerkschafter Leo Monz begrüßt die Konvention, weil es nicht darauf ankommen könne, in welchen Staat ein Migrant gerade geht und ob er dann seine Rechte als Migrant wahrnehmen kann oder nicht. Es bedürfe einer gemeinsamen Verantwortung der Vereinten Nationen, um allgemein verbindliche und weltweite Standards durchzusetzen.

Leo Monz arbeitet im Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes und ist dort Leiter des Bereichs Migration und Qualifizierung. Das Bildungswerk informiert in- und ausländische Beschäftigte darüber, wie Migration abläuft und wie sich die Lebensrealitäten dadurch ändern. Es will Deutschen dabei helfen, Vorurteile gegen Einwanderer abzubauen und Migranten dabei unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen.

Die Initiative für die Erarbeitung und Verabschiedung der UNO-Wanderarbeiterkonvention hatten solche Staaten übernommen, aus denen seit vielen Jahren Hunderttausende, ja Millionen Menschen emigriert sind. Z. B. arbeiten allein fünf Millionen Filipinos in Südostasien, im Nahen Osten und in Europa, eine Million Marokkaner sind nach Europa emigriert, mehrere Hunderttausend Ukrainer sind in Länder Ost- und Westeuropas ausgewandert. Ihre Staatsbürger gegen Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung im Ausland zu schützen, war das treibende Motiv für die Arbeit an der Konvention. Der Migrationswissenschaftler Steffen Angenendt vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik:

„Die Entsendeländer hoffen mit der Konvention, wenn sie denn verbindlich auch für die Länder werden würde, in die sie Leute schicken, dass dort ihre Staatsbürger besser geschützt sind. Denn bis jetzt sind Wanderarbeiter, auch legale Wanderarbeiter, eben nur relativ schlecht geschützt. Das ist für viele Entsendeländer von Arbeitskräften, für die Philippinen z. B. seit langem auch ein innenpoliiisches Problem. Die Regierung wird häufig aufgefordert, von allen möglichen Interessenorganisationen, doch etwas für den Schutz ihrer Arbeitskräfte im Ausland zu tun. Und deshalb sind solche Länder eben sehr daran interessiert, diese Konvention, die einen besseren Schutz bedeuten würde, ich glaub, das kann man so sagen, eben umzusetzen, in die Welt zu setzen und eben auch mehr Staaten dazu zu bewegen, diese Konvention zu ratifizieren."

Dieses Ansinnen war bislang nicht von Erfolg gekrönt. Kein einziger Industriestaat hat die Konvention, die bereits 1990 von der UNO-Vollversammlung verabschiedet wurde, ratifiziert. In dreizehn Jahren sind nur zwanzig Staaten der Konvention beigetreten, allesamt Entsendestaaten von Migranten. Staaten wie Marokko, die Philippinen, BosnienHerzegowina, Ägypten oder Bolivien zum Beispiel. Der zwanzigste Staat, Guatemala, hat gerade erst ratifiziert. Damit ist das in der Konvention verabredete Quorum erreicht und sie kann jetzt endlich in Kraft treten. Das bedeutet zunächst jedoch nur, dass die zwanzig Unterzeichnerstaaten die Bestimmungen der Konvention in nationales Recht umsetzen und damit die relativ wenigen Migranten schützen, die in die in diesen Ländern leben und arbeiten. Aber die Millionen von Migranten, die aus den Ratifizierungsstaaten aufgebrochen sind, müssen weiterhin auf die in der Konvention verankerten Rechte warten.

Der Schutz, den die UNO-Konvention verlangt, wäre auch für Migranten in Deutschland nicht unerheblich. Denn die Konvention basiert auf der Unteilbarkeit der Menschenrechte und geht damit weit über das hiesige Ausländerrecht hinaus. So sieht es auch Volker Roßocha. Er ist Referatsleiter der Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB.

Nach seiner Ansicht geht das deutsche Ausländerrecht von dem Ansatzpunkt aus, Migranten, Ausländer in dem Fall, als Bürger zweiter Klasse zu betrachten, die eben nicht die gleichen Rechte haben wie die einheimischen Staatsangehörigen oder die EU-Bürger. Insofern sei die Systematik völlig anders. Denn in der Konvention ginge man davon aus, dass möglichst die gleichen Rechte auf Leben, auf Sicherheit, auf gleiche Entlohnung usw. für die Migranten gelten sollen wie für die Einheimischen auch. Das deutsche Ausländerrecht aber betrachte die Ausländer immer noch als Bedrohung anstatt als gleichberechtigte Menschen.

Migration bringt im allgemeinen drei grundlegende Probleme mit sich. Erstens werden Migranten von den Aufnahmeländern häufig zu bloßem Arbeitsmaterial degradiert. Zweitens werden sie oft eingesetzt, um die landesüblichen Löhne zu drücken und Regelungen über Arbeitsbedingungen zu unterlaufen. Zum dritten werden Migranten diskriminiert und benutzt, um Fremdenangst zu schüren und Spannungen unter Beschäftigten zu vertiefen.

Auf allen drei Problemfeldern fixiert die UNO-Konvention Schutzregelungen. Zum Beispiel zum Recht von Migranten, mit ihren Familien zusammenleben zu können. Volker Roßocha:

„Bei Familienangehörigen geht die Konvention weit über das hinaus, was jetzt im Rat der Europäischen Gemeinschaft als Richtlinie zur Familienzusammenführung verabredet worden ist. In der Konvention wird gesagt, dass die Wanderarbeitnehmer generell die Möglichkeit haben müssen auf Familiennachzug. Und die EU sagt, es gibt einen eingeschränkten Familiennachzug, der sich nur auf die Familienangehörigen erster Linie bezieht."

Auch die deutsche Diskussion um das Zuwanderungsgesetz müsste anders verlaufen, wäre die UNO-Konvention hierzulande gültig. Politiker könnten dann

nicht mehr Propaganda dafür betreiben, nur noch Kinder bis zum Alter von 16 oder sogar 12 Jahren dürften ihren Eltern nach Deutschland folgen. Die Konvention erlaubt Eltern, ihre Kinder bis zur Volljährigkeit zu sich zu holen. Für den Gewerkschafter Volker Roßocha sprechen ohnehin die Fakten gegen die Behauptung, eine in Deutschland nicht integrierbare Kinderflut würde aus dem Ausland hereinströmen, wenn das Nachzugsalter nicht gesenkt wird:

„Wir haben vor etlichen Jahren über das Bundesinstitut für Berufsbildung eine Studie erstellen lassen, die türkische Kinder hier und Kinder verglichen hat, die in der Türkei die Schule gemacht haben und die erst nach ihrer Schulausbildung in die Bundesrepublik gekommen sind. Und da hat sich herausgestellt, die Kinder, die in der Türkei die Schule beendet haben, sind mit dem 25. Lebensjahr in Deutschland besser integriert als Kinder, die hier zur Schule ge,gangen sind. Insofern ist es integrationspolitisch Unsinn, wenn der Kindernachzug jetzt noch auf zwölf Jahre reduziert wird. Denn so werden sie aus der Schulausbildung in den verschiedenen Ländern herausgerissen.“

Das deutsche Ausländerrecht verstößt auch in anderen Bereichen gegen die UNO-Konvention. Denn diese verbietet ausdrücklich, Ausländer abzuschieben, wenn sie arbeitslos werden und Sozialhilfe. beziehen. Doch nach deutschem Recht dürfen Ausländer, die schon lange Jahre hier leben, aus diesem Grunde abgeschoben werden, falls sie noch keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus erreicht haben. Leo Monz vom Bildungswerk des DGB:

„Es ist ein Damoklesschwert, es wird aber zunehmend von den Ausländerbehörden angewandt, auch gegen EU-Staatsangehörige. Wir haben eine ganze Reihe von Beispielen gerade aus Baden-Württemberg, wo versucht wird, das richtiggehend durchzuziehen. Unsere Kampagne „Jetzt handeln“, bei der es darum geht, dass Ausländer die Aufenthaltsberechtigung und die unbefristete Aufenthaltserlaubnis beantragen, ist eine Antwort auf diese Abschiebepolitik. Ich glaube, dass viele Menschen in Deutschland einen Anspruch auf Sozialhilfe haben, aber diesen Anspruch nicht wahrnehmen. Nicht nur wie bei Deutschen aus Scham, sondern weil sie Angst vor den ausländerrechtlichen Folgen haben. Und da geht eben die Konvention ganz anders ran: Wanderungsbewegung ist der Normalfall. Und der Normalfall muss sozial abgesichert und geregelt werden.“

Überhaupt ist der ganze Ansatz der UNO-Wanderarbeiterkonvention geradezu revolutionär für das deutsche Ausländerrecht: die Menschenrechte sind unteilbar und gelten für alle gleich, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. So werden von der Konvention auch Migranten geschützt, die sich ohne staatliche Erlaubnis in einem Land aufhalten und dort arbeiten. Sie haben dasselbe Recht wie alle auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung und darauf, vorenthaltenen Lohn gerichtlich einzuklagen. Die Süßmuthkommission hatte ebenfalls vorgeschlagen, den sogenannten Illegalen diese Rechte zu gewähren. Die Bundesregierung allerdings negiert sie in ihrem Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz. Die Folgen: gerade illegale Migranten werden hemmungslos eingesetzt, um Lohnstrukturen und Arbeitsbedingungen zu unterminieren. Christa Nickels, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte im Deutschen Bundestag ist mit der Forderung an die Bundesregierung, die UNO-Wanderarbeiterkonvention zu unterzeichnen, nicht durchgedrungen. Obwohl der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages im März eigentlich genau das in zwei Resolutionsentwürfen verlangt hatte:

„Aber wir sind in der Sache nicht weitergekommen. In zwei Anträgen, die wir als Menschenrechtspolitiker der Koalitionsfraktionen erarbeitet haben – einmal zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, dann bei dem Antrag „Menschenrechtspolitik als Leitlinie deutscher Politik“ – haben wir die Konventionen aufgezählt, die die Regierung ratifizieren soll. Doch diese Forderungen sind wieder rausgeworfen worden von Seiten der zuständigen Ministerien. Insgesamt wurde vom Innenminister alles, was den Gesamtbereich Illegale betrifft, gestrichen. Wir haben das Thema noch in zwei Fußnoten gerettet, mit Verweis auf die Süßmuth-Kommission.“

Dort in den Fußnoten werden die Verweise sicherlich keine große Wirkungsmacht entfalten. Bernhard Schwarzkopf, Zuwanderungsexperte bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wird wissen, warum. Er verurteilt zwar, dass Arbeitgeber die Rechtlosigkeit illegaler Migranten ausnutzen. Aber Schutzbestimmungen wolle sein Verband trotzdem nicht. Die Beschäftigung von Illegalen werde sich dann erübrigen, wenn die Rahmenbedingungen für die Entlohnung und soziale Absicherung von Beschäftigten, generell geändert seien. Wörtlich: „Wenn wir aber illegale Beschäftigung haben, dann müssen wir uns schon fragen, woran das liegt. Und das liegt an den Rahmenbedingungen für Beschäftigung hier in Deutschland, das liegt an der hohen Abgabenbelastung, an der hohen Steuerbelastung. Und dort ist natürlich der Staat auch gefordert, entsprechend günstigere Rahmenbedingungen für Beschäftigung zu setzen.“

Aus dieser Aussage lässt sich folgern, dass illegale Migranten solange eingesetzt werden sollen, bis die für die Unternehmer „günstigeren Rahmenbedingungen“ durchgesetzt und die bestehenden Lohn- und Tarifstrukturen genügend unterhöhlt sind. Auf diesem Weg sind sie ja auch schon weit gekommen, wie die aktuellen „Reform“pläne von Bundeskanzler Schröder zeigen.

Die UNO-Wanderarbeiterkonvention könnte bei der Durchsetzung dieser Politik erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Deshalb wird eine deutsche Regierung sie nicht freiwillig unterzeichnen. Und deshalb meint der Migrationswissenschaftler Steffen Angenendt:

„Wenn die Konvention in der Welt ist, wenn sie in Kraft getreten ist, wenn auch nur für die ersten zwanzig Staaten, dann ist das ein Punkt, auf den politische Aktivisten, Gruppierungen, Interessenverbände immer wieder zurückgreifen können und sagen können: Hier ist die Konvention. Verhaltet Euch dazu, tretet bei und akzeptiert diese Standards.“

Albrecht Kieser
Rheinisches Journalistenbüro ■

Frankreich:

Neue Verschärfung der Ausländergesetze geplant – mit Überraschung

Die gute Nachricht zuerst: „Ihre Aufenthaltsdauer wird verlängert.“ Und dann die schlechte: Gemeint ist jene im Abschiebegefängnis. Das verkündet ein, in Polizeiuniform gekleideter Nicolas Sarkozy einem jungen Afrikaner. So sieht ein Karikaturist in der Pariser Abendzeitung *Le Monde* den Kerngedanken jenes Entwurfs für eine Neufassung der Ausländergesetze, den der französische Innenminister am vergangenen Mittwoch im Kabinett präsentierte.

Verlängerung der Abschiebehaftdauer

Eine der Kernbestimmungen des Gesetzentwurfs sieht tatsächlich die Verlängerung der Höchstdauer von Abschiebehaft vor. Sie beträgt derzeit zwölf Tage. Ursprünglich sahen die Pläne des Innenministeriums ihre Verlängerung auf 60 Tage vor, doch der Staatsrat – das oberste Verwaltungsgericht – widersprach ihnen vorige Woche. Nunmehr ist eine Ausdehnung auf 32 Tage vorgesehen.

Es ist wahr, dass die Mehrzahl der EU-Länder eine längere Abschiebehaft erlauben, als dies bisher in Frankreich der Fall war. Deutschland, mit einer zulässigen Höchstdauer von 18 Monaten, zählt zu den Spitzenreitern. Westlich des Rheins hatte bisher der Verfassungsgerichtshof ihre Ausdehnung verhindert. 1993 hatte er noch eine Verlängerung über 10 Tage hin-



aus für unzulässig erklärt. Denn der Abschiebegewahrsam gilt in Frankreich juristisch nicht als Haft. Die Rechtsgarantien, auf die Straf- oder Untersuchungshäftlinge sich berufen können, sind demnach auf sie nicht anwendbar; das gilt für eventuellen Freigang und vor allem auch für Angehörigen- und sogar Anwaltsbesuche.

Daher müssen die Behörden mit der Unterbringung in Abschiebegewahrsam restriktiv umgehen. Den Verfassungsrichtern zufolge hat er ausschließlich der unmittelbaren Vorbereitung der erzwungenen Abreise zu dienen. Unzulässig ist es hingegen, ihn zur Verwahrung von Personen zu benutzen, von denen man ansonsten befürchtet, dass sie sich dem staatlichen Zugriff entziehen – und als „illegale" Einwanderer ihr Leben fristen.

Tatsächlich werden 85 Prozent der real erfolgenden Abschiebungen in der ersten Woche des Gewahrsams vorgenommen; danach erhöht sich die Zahl nur noch unwesentlich. Was den Hardlinern der französischen Innenpolitik aber Sorge bereitet, sind die Situationen, in denen das – vermeintliche – Herkunftsland die „Rücknahme" eines angeblichen Staatsbürgers verweigert. Um auch in diesen Fällen die Ausreise erzwingen zu können, möchte das Innenministerium nun die Gewahrsamsdauer ausdehnen, am liebsten so lange, wie es eben erforderlich sei.

Claire Rodier vom Gisti, einer Rechtsberatungsgruppen für Immigranten, vermutet, dass während dieser Woche im Hintergrund Absprachen mit Regierungen der so genannten Dritten Welt getroffen werden könnten. Im Falle des Senegal etwa deute sich an, dass dessen Regierung bereit sei, auch mal ein Auge zuzudrücken, wenn dorthin Abgeschobene gar keine senegalesischen Staatsbürger sein sollten. Allerdings soll der Aufbau einer Fingerabdruck-Datei für alle nach Frankreich Einreisenden, die aus „Ländern mit hohem Immigrationsrisiko" stammen, nach Sarkozys Vorstellung die Zahl der Zweifelsfälle klein halten. Eine Logik des generalisierten Verdachts richtet sich aber damit gegen diese Immigrantengruppen.

Sarkozy: Stolz auf Kollektivabschiebungen

Die seit März dieses Jahres regelmäßig für Kollektivabschiebungen eingesetzten Charterflüge will Innenminister Sarkozy auch künftig verstärkt praktizieren. Am Dienstag vergangener Woche rechnete er den Abgeordneten der Pariser Nationalversammlung stolz vor, im ersten Trimester des laufenden Jahres seien 7.000 unerwünschte Immigranten per Flugzeug oder per Schiff abgeschoben worden. Auf das Jahr hochgerechnet, komme man damit auf rund 30.000 Abschiebungen, was der jährlichen geschätzten Zahl der geschätzten „illegalen" Einwanderer entspreche. „Wenn wir es schaffen, jedes Jahr die gleiche Zahl von Personen" – wie die der vermuteten außergesetzlichen Niederlassungen – „abzuschieben, so könnten wir die Situation zumindest stabilisieren", führte Sarkozy aus.

In einem Interview mit dem Figaro vom folgenden Tag fügte er noch hinzu: „Wir werden weiter gehen, indem wir jeden Monat die Zahl der abgeschobenen Sans-papiers (...) veröffentlichen, auf die gleiche Art, wie wir jeden Monat die Kriminalitätszahlen publizieren."

Denn die Polizei muss seit dem Amtsantritt des Hardliners Sarkozy monatlich ihre Erfolgsstatistiken bei der Verfolgung von Straftätern publizieren, angeblich um zu beweisen, dass die praktizierte Politik der Härte die Kriminalitätsrate senke. Durch seinen Vergleich im Figaro stellt der Innenminister, ob gewollt oder ungewollt, eine Parallele zwischen der Kriminalitätsbekämpfung und der Situation von Sans papiers her.

Überraschung: Abschaffung der „Doppelstrafe" ?!

Doch Sarkozy lässt sich nicht treffen, versuchte man ihn einfach als reaktionären Scharfmacher zu kritisieren. Der Mann, der längst davon träumt, bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2007 für die Nachfolge Jacques Chiracs zu kandidieren, weiß um die Notwendigkeit eines ausgeglichen wirkenden Erscheinungsbilds. Und so überholt er seine Amtsvorgänger zugleich auf der Rechten wie auch auf ihrer Linken. Denn Sarkozy schlägt in seinem Gesetzentwurf vor, was die Sozialisten sich in ihrer Regierungszeit kaum zu denken trauten, auch wenn linke Basisorganisationen und Menschenrechtsgruppen es immer wieder forderten: Er will die berüchtigte double peine (Doppelbestrafung) weitgehend abschaffen, jedenfalls für die seit langem in Frankreich lebenden und familiär integrierten AusländerInnen. Lediglich terroristische Delikte und „Vergehen gegen fundamentale Staatsinteressen" sollen von der Neufassung ausgenommen bleiben.

Doppelte Strafe, das bedeutete: Ein Immigrant wurde in der Regel - beging er eine der Straftaten, die auf einer langen Liste standen - nicht nur zu einer Haftstrafe verurteilt wie französische Gesetzesbrecher auch, sondern zusätzlich zur Abschiebung am Ende der verbüßten Freiheitsstrafe. Meist war er dadurch gleich dreifach bestraft, denn aufgrund des Verdachts, er könne sich der drohenden Ausweisung entziehen, wurden ihm systematisch Freigang und vorzeitige Haftentlassung gestrichen. Die Anwendung der double peine führte zu offenkundigen Ungerechtigkeiten, wenn Familien auseinander gerissen und teilweise seit dem Kindesalter in Frankreich lebende Einwander in ein – ihnen unbekanntes – Herkunftsland verfrachtet wurden. 1998 fand deswegen in Lyon ein Aufsehen erregender Hungerstreik statt. Die damalige sozialdemokratische Regierung Lionel Jospins reagierte bestenfalls mit Herablassung. Jetzt hat ausgerechnet der konservative Hardliner Sarkozy die Notwendigkeit einer innenpolitischen Frontbegradigung erkannt und er macht sie sich zur Imagepflege zunutze.

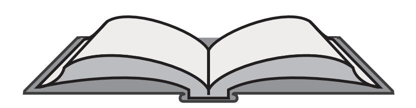
Weitere (repressive) Bestimmungen

Das hindert ihn nicht daran, ansonsten in seinem neuen Gesetzentwurf die Situation auch fest in Frankreich etablierter Einwanderer in Frage zu stellen. So sollen sie die Zehn-Jahre-Aufenthaltstitel, mit denen eine gewisse Stabilisierung ihrer Situation einher geht, künftig nur noch nach 5 Jahren – statt bisher drei Jahren –- erhalten, während derer sie sich alljährlich um eine befristete Erlaubnis bemühen müssen.

Im Fall von Verdacht auf „Scheinehen" zwischen Personen französischer und ausländischer Staatsangehörigkeit soll künftig der Bürgermeister die Eheschließung aussetzen, und systematisch den Staatsanwalt einschalten können. Das Eingehen einer solchen „Scheinehe" wird künftig zur Straftat. Auch die Anerkennung der Vaterschaft eines französischen Kindes wird von einer ähnlichen Verdachtschöpfung begleitet; im Falle betrügerischer Anerkennung soll der Aufenthaltstitel verweigert werden. Damit wird eine bedeutende Machtposition in die Hände örtlicher Verwaltungen gelegt.

Ferner soll die Beihilfe zu illegaler Einreise oder illegalem Aufenthalt künftig strenger bestraft werden. Das kann halbmafiöse Netzwerke treffen, aber auch aus humanistischen oder antirassistischen Motiven heraus agierende Menschen. Tatsächlich läuft etwa seit dem 22. April ein Strafverfahren gegen Charles Frammezelle - Mitglied einer Initiative in Calais, die solidarische Aktionen für die Flüchtlinge im ehemaligen Auffanglager Sangatte unternahm - wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt". Dafür drohen theoretisch bis zu zehn Jahre Haft.

Bernhard Schmid, Paris ■



Deutscher Osten 1939-1945

„Der Osten war Hitlers eigentlicher Kriegsschauplatz. Dort fand der rassenideologisch grundierte Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg statt", heißt es ganz richtig im Klappentext des Buches „Deutscher Osten 1939 - 1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten". Das Buch ist der erste Band einer neuen Reihe von Veröffentlichungen der Ludwigsburger Forschungsstelle der Universität Stuttgart. Auf knapp über 200 Seiten wird hier aus der Erlebnisperspektive der Täter, Opfer und Zuschauer eine möglichst dichte Beschreibung des ungeheuren Geschehens geliefert. Die Texte und Fotos um die drei großen Verbrechenskomplexe der Judenvernichtung, des Massensterbens der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Liquidierung der Zivilbevölkerung im Zuge der Partisanenbekämpfung sprechen für sich. Die Mentalitäten und Motive der Täter werden hier ebenso deutlich benannt wie die Tatorte und die an den Verbrechen beteiligten deutschen Militär- und Polizeieinheiten. Es ist zu wünschen, das diesem ersten Band noch viele weitere folgen werden.

H ■

Klaus-Michael Mallmann, Volker Rieß, Wolfram Pyta (Hrsg.): Deutscher Osten 1939 - 1945 – Der Weltanschauungskrieg in Fotos und Texten. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2003, 39,90 Euro

Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945

Im letzten Jahr führten die bezirklichen Heimatmuseen in einem Gemeinschaftsprojekt Ausstellungen zur Zwangsarbeit in Berlin und den jeweiligen Bezirken durch. Wichtiger Kooperationspartner war dabei auch die Berliner Geschichtswerkstatt (mit Sitz in der Schöneberger Goltzstr.). Eine neue Buchveröffentlichung fasst nun Ergebnisse zusammen.

Der Projektkoordinator Helmut Bräutigam gibt einen Überblick. Er ermöglicht eine Vorstellung über die Dimensionen der Zwangsarbeit in Berlin und wie sie Arbeits- und Lebenswelt sowie alltägliche Erfahrung bestimmt haben müssen: 1944 schufteteten 400.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter alleine in Berlin. 1.000 Lager waren in der Stadt verteilt – große Baracken bei Industriegebieten und am Stadtrand, aber auch „Saallager" (Festsäle, Hallen und Lokale). Alle Großkonzerne (wie Siemens, AEG, Daimler-Benz, BMW, Auto-Union, Heinkel, Henschel, Telefunken, Zeiss-Ikon, u.a.) hatten Sklavenarbeiter, die beträchtlichen Anteil an der Belegschaft hatten. Aber auch kommunale Unternehmen, Reichsbahn, Kirchengemeinden und privilegierte Privathaushalte.

Das Kapitel „Rahmenbedingungen, Organisation, Strukturen" beschäftigt sich in verschiedenen Beiträgen mit „Sozialausgleichsabgabe" (einer Sondersteuer für Polen, Juden und Ostarbeiter), mit dem System der Durchgangslager, der Überwachung und Bestrafung sowie mit den Krankengeschichten.

Das Kapitel „‚Arbeitseinsatz' und Lager" stellt Einzeluntersuchungen zu bestimmten Einsatzorten und Firmen vor: der Arbeitseinsatz bei dem Generalbauinspektor Speer, Lager der Deutschen Reichsbahn, AEG/Telefunken im Wedding, „Weser"-Flugzeugbau am Flughafen Tempelhof.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Besonderheiten der Behandlung von verschiedenen Gruppen von Zwangsarbeitern (Juden, Niederländer, Polen, Ukrainer u.a.).

Im Kapitel Erinnerung und Entschädigung ist auch ein Beitrag eines Lehrers der Sophie-Scholl-Schule, die über Jahre verschiedene Projekte zur Erforschung und Kontaktaufnahme mit Zwangsarbeitern durchgeführt haben. Dies hat unter anderem auch zur Gestaltung einer Erinnerungsstätte für die Zwangsarbeiter bei dem durch sie errichteten Bunker an der Pallasstr. geführt.

Harald ■

Herausgeber: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Metropol-Verlag 2003, ISBN 3-936411-11-5

Ein lesenswerter Insiderbericht

Stuart Eizenstat über die Entschädigung für Opfer der NS-Zwangsarbeit

Der frühere amerikanische Staatssekretär Stuart E. Eizenstat hat seine Erinnerungen über die Entschädigungsverhandlungen für Opfer der NS-Zwangsarbeit veröffentlicht. Eizenstat war Chefunterhändler der US-Administration von Präsident Clinton und damit der wichtigste Gegenspieler der deutschen Industrie bei den Verhandlungen.

Vor seiner Beauftragung zum Chefunterhändler bei den Entschädigungsverhandlungen war Eizenstat unter anderem politischer Chefberater in Jimmy Carters Wahlkampfteam 1978 und US-Botschafter bei der Europäischen Union gewesen. 1995 erhielt er in dieser Funktion vom Außenministerium in Washington den Auftrag, in den osteuropäischen Staaten die Rückgabe des von den Nazis beschlagnahmten jüdischen Eigentums zu erreichen. Dadurch kam Eizenstat nach seiner Darstellung erstmals in enge Berührung mit dem Schicksal osteuropäischer Nazi-Opfer – bis hin zu der persönlichen Entdeckung, dass drei Schwestern seiner Großmutter in Litauen von den Nazis ermordet worden waren. Erstmals wurde ihm nach seinen Worten in dieser Zeit bewusst, dass die osteuropäischen Opfer Hitlers „von den Deutschen nie eine Kompensation erhalten hatten, die vergleichbar gewesen wäre mit den Milliarden, die an jüdische Holocaust-Opfer geflossen waren".

Durch einen Artikel im Wall Street Journal vom 21. Juni 1995 wurde Eizenstat in dieser Zeit auch auf den „Schweizer Bankenskandal" aufmerksam, d.h. auf die Ausraubung und das Verschwindenlassen jüdischer Konten bei Schweizer Banken während der NS-Zeit. Er erwirkte die Befugnis des Außenministeriums, auch diesen Bereich in seinen Sonderauftrag einzubeziehen. Die damit beginnende Schweizer Bankenaffäre wurde so zum Auslöser eines Prozesses, der, wie er schreibt, „zur Schlussabrechnung mit dem Zweiten Weltkrieg geriet".

Eizenstat schildert in seinen Erinnerungen spannend die Auseinandersetzungen mit den Schweizer Banken, auf deren Seite damals u.a. der heutige Deutsche-Bank-Chef Ackermann und der spätere (inzwischen wegen einer Callgirl-Affäre wieder aus dem Amt geschiedene) Schweizer Botschafter in Berlin, Borer, agierten. Vor allem die von NS-Opfern im Verein mit US-amerikanischen Anwälten vor US-Gerichten eingereichten Sammelklagen gegen deutsche Konzerne führten schließlich dazu, dass sich auch die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik nicht länger der Frage entziehen konnte, warum sie fünfzig Jahre nach Kriegsende noch keine Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter gezahlt hatten.

Eizenstats Schilderungen dieser Verhandlungen sind spannend zu lesen und lohnen die Lektüre für alle an diesem Thema Interessierten. Denn der US-Staatssekretär schildert schonungslos die schäbigen Versuche der deutschen Wirtschaft und der Regierungsbürokraten, sich billig

herauszukaufen. Genau das hatten US-Anwälte wie Mel Weiss, Ed Fagan und Micheal Hausfeld schon früh geahnt und deshalb ihre Sammelklagen eingereicht. Während die Regierung Kohl bis zu ihrem Amtsende 1998 noch jede Verhandlungen ablehnte, begann die deutsche Wirtschaft unter Führung von DaimlerChrysler-Finanzchef Gentz nach Eizenstats Schilderung schon vor der Bundestagswahl 1998 mit der Planung einer Abwehrstrategie, die bei dem SPD-Kanzlerkandidaten Schröder sofort auf Unterstützung stieß. Nach der Wahl kam es dann zu einem ersten Kontakt zwischen Schröder und der Wirtschaft über diese Fragen und in der Folge zwischen Eizenstat und dem neuen Kanzleramtschef Bodo Hombach. Eizenstat und seine Leute waren über das Agieren Hombachs nach seiner Darstellung entsetzt: „Hombach argumentierte, dass Polen und Tschechen und andere schon seit Generationen freiwillig nach Deutschland gekommen seien, um als Erntehelfer etwas Geld zu verdienen. Hombach verweigerte deshalb in den ersten Gesprächen jede Entschädigung für osteuropäische NS-Opfer und wollte mit den US-Anwälten nichts zu tun haben.“

Eizenstat erfuhr von Hombach lediglich vertraulich, dass die deutsche Industrie 1,7 Milliarden DM für einen „Zukunftsfonds“ ausgeben wolle. Dieser Betrag solle, so der erste Plan von Wirtschaft und Bundesregierung, ausreichen, um alle Klagen gegen deutsche Firmen vor US-Gerichten niederzuschlagen.

Auch später folgende erste Gespräche von Eizenstat mit Gentz ergaben keinen großen Fortschritt. „Der Darstellung Gentz’ zufolge sollten nur Arbeitssklaven und Zwangsarbeiter, die heute in Armut lebten, in den Genuss einer finanziellen Entschädigung kommen dürfen.“

Eizenstat schreibt, ihm sei klar geworden, dass unter diesen Umständen nur eine große Druck- und Drohkulisse unter Einbeziehung der US-Anwälte, der Jewish Claims Conference und der Regierungen der osteuropäischen Staaten und Israels zu einer befriedigenden Lösung führen könne. Er organisierte „Vollversammlungen“ aller Seiten in Washington und Berlin. Dabei zwang er gemeinsam mit den US-Anwälten und den anderen Vertretern der Opfer der Nazi-Zeit die deutsche Wirtschaft und Regierung Schritt für Schritt zu weiteren Zugeständnissen und zur Erhöhung ihres Angebots, bis endlich die von ihm nach seiner Schilderung schon früh angestrebte Gesamtsumme von 10 Milliarden DM erreicht war. Dass die Bundesregierung dabei der deutschen Wirtschaft faktisch nur eine Zahlung von 2,5 Milliarden DM auferlegte, weil der offizielle Anteil der Wirtschaft von 5 Milliarden DM als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar erklärt wurde, interessierte Eizenstat dabei nur am Rande.

Trotzdem: Die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung kommen in dem Insiderbericht des Staatssekretärs, der selbstverständlich die eigene Rolle ins gebührende Licht zu rücken versteht, bis zum Schluss schlecht weg. Ausführlich schildert Eizenstat einen letzten Wutausbruch von Daimler-Finanzchef Gentz noch am Tag der Unterzeichnung aller Verträge in Berlin. „Gentz krönte seine Litanei mit einer letzten Beleidigung. Weit entfernt von Partnerschaft zur Sicherung des Rechtsfriedens habe es in Wirklichkeit eine Diktatur der USA gegeben.“

Auch die Bürokraten der Bundesregierung kommen nicht gut weg. Bei der Umsetzung der Verträge und Vereinbarungen in ein deutsches Gesetz habe es Otto Löffler, verantwortlicher Beamter des Bundesfinanzministeriums für die Ausarbeitung des ersten Gesetzentwurfs, geschafft, dass sich „viele unserer mühsam errungenen Kompromisse bei ihm in Luft auflösten“. Nur durch heftige Interventionen im Hintergrund sei es gelungen, dass am Ende die wichtigsten Vereinbarungen auch im Gesetz standen. Die inhaltsreiche und detaillierte Schilderung der Entschädigungsverhandlungen durch Eizenstat scheint bis zum Schluss bei der Wirtschaft nicht auf Gegenliebe gestoßen zu sein. Die an den Washingtoner und Berliner Verhandlungen beteiligte frühere PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke berichtete kürzlich in der „jungen welt“, Manfred Gentz habe sich mit einem vierseitigen Brief vom 10. März 2003 gegen verschiedene Passagen verwahrt.

Derselbe Manfred Gentz bekam übrigens vor einigen Monaten von Bundespräsident Rau einen Orden verliehen – für seine Verdienste bei der Entschädigung von NS-Zwangsarbeit. *rül* ■

Stuart E. Eizenstat, Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung. C. Bertelsmann Verlag, München 2003, 480 Seiten, 24,90 Euro. ISBN 3-570-00680-8

Mariannes Heimkehr – Die Jüdin, der Beamte und das Dorf

Regie: Gert Monheim/Stefan Röttger; BRD 2003 (WDR); 45 Minuten; 14. Mai, 23.30 Uhr, ARD

„Der da hat mein Klavier, und der meine Einmachgläser.“ Marianne Winter kehrt 1945 als einzige jüdische Überlebende des Dorfes Hemmerdingen aus den Vernichtungslagern der Nazis in ihren Geburtsort zurück und macht sich nicht gerade beliebt – wie die Dokumentation, die Winters Geschichte rekonstruiert, zeigt. Hatte doch die Dorfgemeinschaft das Eigentum der jüdischen Familie inzwischen unter sich aufgeteilt und in Winters Elternhaus Fremde einquartiert. „Wenn se nich im KZ verreckt ist, dann verreckt se hier, dann schmeißen wir se die Treppe runter“, diesen Satz eines Mitbürgers hat Marianne Winter für die Nachwelt auf dem Tonband festgehalten. Sonst hatte sich im Dorf nicht viel verändert: Der Polizist, der die Familie zur Deportation abführte, ist ebenso noch im Amt wie der Finanzbeamte, der damals feinsäuberlich dokumentierte, wie er den jüdischen Besitz arisierte, und jetzt ebenfalls streng nach Vorschrift die Entschädigung Marianne Winters vornehmen soll. Bevor sie den Familienbesitz zurückerhält, entschädigt er allerdings erst die Käufer, die die Waren „rechtmäßig“ ersteigert hatten. Und der Beamte fährt selber auf einem Fahrrad herum, das Marianne Winter irgendwie bekannt vorkommt. Die Filmemacher stellen ihren Zeitzeugen sichtlich unangenehme Fragen und entlarven manche Ausflüchte. Ihr Film dokumentiert auch, wie der Antisemitismus in diesem exemplarischen deutschen Dorf nach dem Krieg lebendig blieb. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Zu wenig Rüstungsindustrie?

Junge Freiheit Nr. 18/03
vom 25. April 2003

Zu wenig Nationalismus bei den deutschen Industriellen konstatiert das Blatt. Die deutsche Rüstungsindustrie stehe vor dem Aus: „Es wäre angezeigter, wenn sich insbesondere Michael Rogowski einmal um die Belange der deutschen Rüstungsindustrie kümmern würde, anstatt Berater für eine zweifelhafte US-amerikanische Fondsgesellschaft zu spielen ... Dabei steckt die Wehrtechnik in Deutschland in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite fehlen weiterhin Aufträge zur Modernisierung der Bundeswehr. Auf der anderen Seite sieht sie sich durch rigide gesetzliche, aber auch politische Praktiken der rot-grünen Koalition beim Export von Wehrtechnik behindert. Wer von dieser Situation profitiert, liegt auf der Hand: die ausländische, vor allem aber die US-amerikanische Rüstungsindustrie. Deren Interessen fühlt sich BDI-Chef Rogowski offensichtlich mehr als deutschen verpflichtet.“ In ähnliche Richtung gehen zwei Interviews in derselben Ausgabe. *General a.D. Franz Lanz*, ehemals Berater im Verteidigungsministerium, verlangt einen besonderen Schutz für die Rüstungsindustrie gegen den Aufkauf durch ausländische Investoren. *Hans Raidel*, CDU-Bundesabgeordneter, fordert eine Lockerung der Rüstungsexport-Bestimmungen, damit Rüstungskonzerne „konkurrenzfähig“ bleiben können.

Dieter Stein weist auf das Erscheinen einer neuen rechten Zeitschrift hin. „Sezession“ heißt das Heft und wird herausgegeben von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, es soll einen kulturpolitischen Schwerpunkt haben. Die erste Ausgabe sei dem „Krieg“ gewidmet.

Rechte Kritik am US-Imperialismus

Junge Freiheit Nr. 19/03
vom 2. Mai 2003

Carl Gustav Ströhm kommentiert grundsätzlich die Rolle der USA nach dem Irak-Krieg und greift dabei alte rechte Standpunkte auf:

„Schon im Zweiten Weltkrieg verbreiteten die USA um sich eine seltsame Mischung von Bewunderung, Schrecken, Ablehnung und totaler technischer Überlegenheit. Ohnmächtig mussten die Deutschen zusehen, wie der Himmel ausschließlich den US-Bomberflotten gehörte, wie jede Form von deutschem Widerstand einfach zusammengebombt wurde. Ein Gefühl der totalen Ohnmacht hatte damals Zivilisten wie Soldaten ergriffen – und das war die Voraussetzung dafür, dass die US-Ordnung (und Umerziehung) weitgehend widerstandslos akzeptiert und später ‚verinnerlicht‘ wurde.“ Dass Nazi-Deutschland den Krieg nicht nur wegen der Bombardierungen, sondern nicht zuletzt wegen der Niederlage in der Sowjetunion und der Landung der Alliierten in der Normandie verloren hat, verschweigt Ströhm lieber.

Kurz vor der Bremer Bürgerschaftswahl wechselte der CDU-Abgeordnete *Henkel* zur Schill-Partei. Er war bei der CDU nicht mehr aufgestellt worden und wechselte für eine Kandidatur bei Schill zu spät. Einer seiner Hauptkritikpunkte an der Bremer CDU ist, das sie zuwenig gegen das Schächten unternehme. *uld* ■

Ernst Zündel „nationales Sicherheitsrisiko“

Kanada hat den deutschen Neonazi und Holocaust-Leugner Enrst Zündel zum „nationalen Sicherheitsrisiko“ erklärt, um ihn baldmöglichst nach Deutschland abschieben zu können. Mit der Entscheidung ist zugleich Zündels Begehren auf Anerkennung als Flüchtling in Kanada abgelehnt, berichtete am Wochenende die überregionale kanadische Zeitung *National Post*.

Gegen den 64-jährigen Zündel, der sich seit Jahrzehnten in Kanada aufhält und von dort aus Nazi-Propaganda in Schriften sowie über das Internet verbreitet, liegt in Deutschland ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Volksverhetzung vor. Nach Auskunft der Staatsanwalt ist aber noch kein Auslieferungsantrag gestellt worden. Die *taz* (taz, 5.5.03) meldete, das Bundeskriminalamt habe den Behörden in Kanada zugesichert, Zündel im Falle einer Ausweisung in Gewahrsam zu nehmen. Deutschland werde auch für die Kosten der Überstellung aufkommen. ■

Nationalzeitung 18 und 19-2003

„Steckt Israel hinter Amerikas Kriegen?“ titelt das Blatt und bejaht die Frage, wobei ausgerechnet Uri Avnery als Kronzeuge zitiert wird für die Richtigkeit des notorischen Antisemitismus der NaZe. *Franz Schönhuber* kritisiert in seiner Kolumne zum Kriegsende im Irak die Bemühungen von Schröder und Fischer, die UNO in den Prozess für den Wiederaufbau einzubeziehen: „Halten wir uns fern. Es wird sich eines Tages auszahlen“, orakelt er. „Schröder sollte sich durch den wendehalsigen Fischer nicht auf die Straße ‚Sind wir doch alle wieder gut mteinander‘ treiben lassen.“ Auch *Frey* schlägt in dieser Kerbe und gibt auch die Richtung an, in die es seiner Meinung nach gehen sollte. Auf dem Front National-Kongress in Nizza hielt er ein Grußwort an die Delegierten im Tenor: „Wir laufen Gefahr von der Weltbühne abtreten zu müssen und uns fremden Direktiven zu unterwerfen, wenn wir nicht unsere Kräfte in allen Bereichen zusammenfügen ... Vereint sind wir eine überragende Weltmacht ... Es gibt keine elementaren Interessen, die Frankreich und Deutschland heute oder in Zukunft entzweien. ... Es ist offenkundig, dass Washington abseits von Recht und Moral weitere Kriege vorbereitet. ... Wir müssen die Schlussfolgerung ziehen, dass Frankreich und Deutschland und Russland in Partnerschaft mit China zu einem Machtfaktor werden, der unüberwindbar ist.“ *u.b.* ■

